

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 102.

Donnerstag, den 2. Mai 1912.

19. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Wiener Gemeindewahlen und Wiener Wahlschwindeleien.

Aus Wien wird geschrieben:

Die Gemeinderatswahlen in Wien haben über Österreich hinaus Interesse erweckt, weniger um ihrer inhaltlichen Bedeutung willen, als weil sie scheinbar eine Probe darauf abgeben sollten, ob die Niederrückung des Merkantilismus im Juni 1911 eine endgültige Tatsache bedeute oder bloß ein vorübergehendes Begebenis. Allein auch in diesem Sinne können diese Wahlen nicht ohne beträchtliche Einschränkung verwendet werden. Das Wahlrecht für den Gemeinderat unterscheidet 3 bevorzugte Wahlkörper der Zensuswähler mit je 48 Vertretern und einen vierten Wahlkörper, der bloß 21 Vertreter hat und in dem die Wähler der übrigen Wahlkörper neben den sonst Nichtwahlberechtigten ihre Stimmen abgeben. Diese, das heißt die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter, sind also ins äußerste Winkelchen gedrängt, werden jedoch auch hierher nur teilweise eingelassen. Sie werden gesteuert durch die dreijährige Seßhaftigkeit und den Ausschluß der innerhalb der zwei letzten Jahre irgendwie Unterflügten. Damit fällt schon ein Sechstel der Arbeiter aus dem Wahlrecht heraus. Nun gewährt jedoch die drei Jahre Seßhaftigkeit dem Magistrat die Möglichkeit, bei jeder verögertem Abmeldung im Fall eines Wohnungswechsels den dauernden Aufenthalt und damit die Wahlberechtigung zu leugnen. Das geschieht in Zehntausenden von Fällen, zwingt zu Zehntausenden von Reklamationen ums Wahlrecht, die vierzehn Tage der Wahlvorbereitung und viele zehntausende von Kronen verichlingen und doch nicht hindern können, daß ein erklecklicher Bruchteil der Arbeiter, trotzdem er drei Jahre und länger in Wien wohnt, ohne Stimmrecht bleibt.

Verwachte unter solchen Umständen die Sozialdemokratie die Zahl ihrer Gemeinderäte — bei drei Gewinnen und einem Verlust — von 7 auf 9 zu erhöhen, und durch ihre Wahlhilfe den Wahlkreis des verächtlichen Vielohlwes zu verschaffen, so ist das ein schöner Erfolg. Nur Loren konnten meinen, ein unvergleichlich schlechteres Wahlrecht als das für den Reichsrat müßte dieselben Ergebnisse liefern. Freilich begründeten sich solche Meinungen vornehmlich darauf, daß die Christlichsozialen in den letzten Monaten in einer endlosen Reihe von Enthüllungen das Bild skandalöser Mißwirtschaft darboten. Doch ist nicht zu vergessen, daß der größte Teil der Wiener Kleinbürger in dumpfster Gebundenheit des Denkens dahinglebt, und daß die städtischen Unternehmungen einerseits und andererseits unser Konzessionswesen mit dem Verfügungsrecht der Stadtgewaltigen darüber reichlich 25 bis 30 000 Wähler als städtische Arbeiter oder Geschäftslente in wirtschaftlicher Abhängigkeit oder Interessengemeinschaft erhalten. Aber dies hatten diesmal die Christlichsozialen eifrige Helfer an den tschechischen Sozialdemokraten, den Separatisten, die, getrennt von den deutschen Genossen, aber geeint und unter gemeinsamen Lösungen mit den tschechischen Bürgerlichen — der tschechische Sozialdemokrat Tomasek neben dem Erminister Jazek — in die Schlacht zogen. Dadurch brachten sie unter anderem unseren alten Wahlkreis Meidling in die Stichwahl. Zur Stichwahl wurde wohl die Lösung ausgegeben: Keine Stimme für die Christlichsozialen. Allein man kann sich denken, wie wenig sie befolgt wurde. Seit zwei Jahren seien die tschechischen Arbeiter und hören nichts anderes, als daß ihre deutschen Klassenossen eine Bande von Rechtsverweigerern und Gewalttätern sind. Nun sollen sie plötzlich für sie zur Urne gehen — eine psychologische Unmöglichkeit. In der Tat haben nur die wenigsten für uns gestimmt, die große Mehrzahl aber mit den bürgerlichen Tschechen für die Christlichsozialen.

Im übrigen besitzen die Christlichsozialen noch einen vierten Bundesgenossen, den stärksten: ihre Schwindeleien. In Deutschland hat man kaum einen Begriff davon, in welchem Umfange hier das Glück korrigiert wird. Die Wahlkommissionen sind das Zentralorgan des Wahlbetrugs, ihre Aufgabe, jedem Arbeiter das Wählen so sehr als möglich zu erschweren und falsche Christlichsoziale Wähler anstandslos anzuerkennen. In Österreich wählt ja der Träger der Wahllegitimation, nicht der Wähler, und beide können daher sehr leicht verschiedene Personen sein. Früher wählten die Toten und die Bewohner nicht vorhandener, vom Magistrat in den Kataster hineingezaubelter Häuser, jetzt geht dergleichen bei der Vollkommenheit unserer Häuserorganisation nur bei jenen Kommissionen, die kein sozialdemokratisches Mitglied haben. Aber nach wie vor bleiben den Christlichsozialen

die Tausende von Legitimationen, deren Eigentümer verreiselt sind und die als unbefestigt an die amtlichen Stellen zurückgelangen. Diese werden in den letzten Stunden verarbeitet, wenn man sicher sein kann, daß die Verreissten nicht eintreffen. So geht ein fortwährend Handel von Legitimationen zwischen Wahlkommission und den christlichen Agitatoren. Freilich geschieht es oft genug, daß der Verreisste sich denn doch um seine Legitimation meldet. In diesem Falle erfährt er zu seinem Erstaunen, daß er bereits gewählt hat.

Unter solchen Bedingungen wird in Wien gekämpft, und dennoch sind die Christlichsozialen im Zurückweichen. Geradezu niederschmetternd für sie ist es, daß es den Otakringer Arbeitern gelang, im dritten Wahlkörper, in diesem bestbesetzten, ganz für die Kleinbürger abgeschlossenen Wahlkörper, ihren Kandidaten, den Reichsratsabgeordneten David, durchzusetzen. Diese einzige Tatsache macht ihren Versuch, eine Niederlage in einen Sieg umzufälschen, zuschanden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kolonialdebatte.

Die Aufgabe, die gestern Herr Erzberger übernommen hatte, reizte heute nacheinander den Fortschrittler Dr. Waldstein und den Reichsverbandsgeneral von Liebert zur Nachahmung. Wie der bewegliche Zentrumsredner, bemühten sich auch die beiden Herren uns über die Pflichten zu belehren, die aus unseren Anschauungen und aus unserem Programm erwachsen. Nicht nur Herr Dr. Waldstein, sogar der große Liebert zitierten Sozialdemokraten als wahrhaftige Autoritäten gegen den ersten Redner unserer Fraktion. Gestern waren es Ledebour und Noske, heute traten Hue, Bernstein und Bebel hinzu. Das alles um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten im Grunde doch Kolonialfreunde seien.

Es war dem folgenden Redner, unserem Genossen Noske, nicht schwer, das eigenartige und hartnäckige Mißverständnis, dem diese Herren mit ihrer Polemik zum Opfer gefallen waren, in klaren und überzeugenden Worten aufzuklären. Wer nicht gerade bösen Willen oder eine unüberwindliche Abneigung haben wollte gegen die Logik unserer Gedankengänge, mußte nach der einwandfreien Darlegung unseres heutigen Redners die Stellungnahme der Sozialdemokratie verstehen. Noske erinnerte an die Beschlüsse unserer Parteitage, die sich grundsätzlich gegen die kapitalistische Kolonialpolitik, keineswegs aber gegen die kulturelle Erschließung neuer Gebiete gewandt haben. So richtet sich denn auch unsere Kritik, wie sie eben in dieser Debatte zum Ausdruck kommt, mit präziser und unerbittlicher Schärfe gegen die Sorte Kolonialpolitik, die vom Deutschen Reich betrieben wird.

Und diese Kritik führte Genosse Noske mit einem reichen Material und großer Sachkenntnis durch. Aus den amtlichen Angaben konnte er die Argumente schöpfen, die seine völlige Verurteilung der bisherigen und gegenwärtigen kolonialpolitischen Methode bedeuten. Die Unwirtschaftlichkeit und die übertriebene Kostspieligkeit der ganzen deutschen Kolonialpolitik war das Ergebnis seiner eingehenden und sachkundigen Betrachtung. Die deutsche Volkswirtschaft und der Reichshaushaltsetat haben bisher nach einer immerhin langen kolonialpolitischen Erfahrung unter den kapitalistischen Experimenten immer nur schwer gelitten. Profitiert haben dagegen einige zum Teil recht faule Gründungen — deren Aufzählung insbesondere dem begeisterten Kolonialbekehrer von Liebert aus guten Gründen höchst unangenehm war — und der lächerlich große Beamtenapparat, mit dem die Verwaltung unserer Schutzgebiete in unerhörter Weise belastet ist. Das Haus folgte diesen Auseinandersetzungen eines ausgezeichneten Staatskenners mit großer Aufmerksamkeit, und sogar Herr Erzberger vergaß seine vorzügliche Fähigkeit, die Verhandlungen durch ein vorzügliches Lachen zu führen. Er war ganz still geworden, nachdem unter Redner seinem gestrigen enthusiastischen Bekenntnis zur Kolonialpolitik die stark kritischen Bemerkungen entgegengehalten hatte, die er jüngst noch im „Tag“ veröffentlicht hat. Er vertröstete unter der Heiterkeit unserer Genossen auf die späteren Verhandlungen.

Der Staatssekretär zeigte wenig Lust, auf die grundsätzliche Untersuchung einzugehen, die unser Redner an der Tätigkeit seines Ressorts vorgenommen hatte. Er begnügte sich damit, auf eine Reihe von Anregungen möglichst wohlwollend und befähigend zu erwidern, die im Laufe der Debatte von verschiedenen Rednern geäußert worden waren. Er versprach allerhand Besserung, ohne damit allzu große Hoffnungen zu wecken.

Die Sitzung schloß mit einer eindrucklosen Rede des Zentrumsmannes Schwa r z e - Lippstadt, der den unglück-

seligen Versuch machte, der erstorbenen Polemik gegen die Sozialdemokratie neues Leben einzustößen. — Morgen geht die Debatte weiter.

Gestern war im Reichstag ein Tag der Arbeit und der friedlichen Langeweile! Der Präsident eröffnete die Sitzung mit der erfreulichen Ankündigung, daß heute und morgen Nachsitzungen zur Beschleunigung der Etatsdebatten beitragen müßten. Er erreichte jedenfalls mit dieser Drohung, daß alle Redner nur möglichst kurze Zeit auf der Tribüne blieben. Für diese guten Manieren wurde das Haus späterhin mit der Absetzung der Nachsitzung gelohnt.

Die Generaldebatte war so bald zu Ende geführt. Nachdem die Herren Baasche und Müller-Meinungen, ebenso wie der unvermeidliche Lizentiat Mumm ihre optimistischen Hoffnungen auf die künftigen Erfolge der deutschen Kolonialpolitik ausgedrückt, hie und da auch wohl eine Beschwerde oder Anregung geäußert hatten, gab unser Genosse Ledebour all den Herren, die uns mit guten und billigen Ratschlägen hatten versehen wollen, noch einmal die Versicherung, daß unsere Behandlung der deutschen Kolonialpolitik aus einer sicheren grundsätzlichen Anschauung klar und logisch hervorgeht. Er nahm die Kritik und die Herren Kritiker nicht all zu ernst, und das ganze Haus freute sich im Grunde über die humoristische Abfertigung all der Neunmalweisen. Nach einigen Bemerkungen des Welfen Cols horn verlangte Genosse Davidsohn unter dem Mißbehagen des Herrn Dr. Dertel, daß die deutschen Beamten in den Schutzgebieten den Schwarzen in der Alkoholfrage mit gutem Beispiel vorangehen.

Dann wurden nacheinander die Einzelrats für Ostafrika, für Kamerun, für Togo und für Neu-Guinea erledigt.

Bei dem Etat für Ostafrika gab es noch ein kleines Nachspiel der gestrigen Generaldebatte: Herr Erzberger mußte in einer Polemik mit dem Genossen Henke manche seiner Angriffe mildern, und er tat es in konzilianter Weise. Genosse Noske führte in sehr geschickter Weise den naserweisen Herrn Arendt ab, der allzu neugierig nach kolonialen Schwindelgründungen sich erkundigt hatte.

Auch der Etat für Kamerun gab zu großen Auseinandersetzungen keinen Anlaß. Nur Genosse Noske gab bei Betrachtung der von den Weißen in Südkamerun geforderten Selbstverwaltung ein interessantes Apercu über die eigenartige Methode, die Schwarzen vollkommen auszuschalten. Bei dieser Gelegenheit konnte er eine Reihe von Grausamkeiten feststellen, die sich notwendig ergeben müssen aus dem System barbarischer Expeditionen. Die Etats für Togo und Neu-Guinea wurden ohne Debatte genehmigt.

In der morgigen Sitzung soll endlich die Reform der Geschäftsordnung zur Sprache kommen, da der Bericht der Kommission auf der Tagesordnung steht. Gleichzeitig wird der Antrag der Reichspartei, die als Fraktion angesehen werden will, behandelt werden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hielt zur Feier des 1. Mai gleich zwei Sitzungen ab. Der Etat des Ministeriums des Innern soll am Mittwoch durchaus zu Ende beraten werden und aus diesem Grunde beschloß die Mehrheit die Abhaltung einer Abend Sitzung. Aus den Verhandlungen ist lediglich hervorzuheben, daß für den Geheimfonds der Polizei in Höhe von 300 000 Mk. diesmal auch die Fortschrittliche Volkspartei stimmte. — Die Abend Sitzung wird vermutlich die Beratung des Kapitels „Medizinverwaltung“ ausfüllen.

Der Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses

trug der Präsident, Freiherr von Erffa, eine Reihe von Forderungen vor, die als Ausfluß der letzten Vorgänge im Abgeordnetenhaus zu gelten haben. Er verlangt:

1. eine Beschränkung der Redefreiheit,
2. eine Befugnis des Präsidenten, im Falle der Beschlußunfähigkeit die Tagesordnung der neuen Sitzung festzustellen und
3. die Möglichkeit, auch bei persönlichen Bemerkungen und Bemerkungen zur Geschäftsordnung dem Redner das Wort zu entziehen.

Aber diese Wünsche des Präsidenten wird am Donnerstag beschlossen werden.

Die Geschäftsordnungskommission beschloß, jede Woche einen Schwerinstag abzuhalten. Die Reihenfolge der zu behandelnden Initiativanträge, oder wie die preussischen Landboten sagen wollen, Uranträge richtet sich nach dem Stande der Vorbereitung durch die Kommissionen.

Für die Plenarsitzungen wurde die neue Bestimmung beschlossen, daß den Anordnungen des Präsidenten zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung nicht

widerprochen werden dürfte, das bedeutet, daß die Amts-
handlungen des Präsidenten erst am nächsten Tage und
dann auch noch in sehr fragwürdiger Weise kritisiert wer-
den dürfen.

Zur Seniorenskonvent des Reichstages

wurde Mittwoch bestimmt, daß, wenn die Beratung des
Kolonialrats am Donnerstag zum Abschluß kommt, am
Freitag die Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission auf
Ansbau der Geschäftsordnung als erster Punkt auf die
Tagesordnung der Plenarversammlung kommen soll. Dabei soll
der Antrag der Freikonfessionen, die Fraktionsstärke
betreffend, behandelt werden. Sonnabend und Montag
werden Ferientage sein. In der nächsten Woche wird
dann die Beratung begonnen mit dem Reichsschatzamt
und dem Pensionsfonds. Im übrigen werden sich die
weiteren Arbeiten nach dem Fortschreiten in der Budget-
kommission richten.

Schnapsbrenner um Gottes Lohn!

Bisher ist nie ernstlich bestritten worden, daß die
Schnapsbrennerei ein Gewerbe ist, das seinen Mann nährt.
Ein Blick auf die Güter-Angebote in der agrarischen
Presse ließ erkennen, um wieviel höher ein Gut im Preise
stand, wenn es mit einer Brennerei verbunden war, ganz
abgesehen von der hohen Bewertung des Kontingents.
Nun auf einmal unternimmt es ein landwirtschaftlicher
Schnapsbrenner in der „Deutschen Tageszeitung“ nachzu-
weisen, daß von einem Gewinn bei der Schnapsbrennerei
überhaupt keine Rede sein kann. Den agrarischen Rech-
nungen haftet als charakteristisches Merkmal die Tatsache
an, daß jede Nachprüfung so gut wie unmöglich ist. Da-
durch waren die Agrarier auch schon in der Lage nachzu-
weisen, daß selbst die größten Güter keinen oder einen
nur höchst bescheidenen Nutzen abwerfen. Der Brenner
in der „Deutschen Tageszeitung“ meint:

„Die Brenner haben eben vielfach ihre Betriebe nur
aufrechterhalten, um ihr Vieh zu erhalten, den für die
Selber so nötigen Dung zu schaffen und schließlich auch,
um das Brennereigewerbe vor einer sonst unausbleiblichen
Krisis zu bewahren. Die Opfer waren sicherlich für viele,
namentlich diejenigen, welche Mais gebrannt haben, recht
bedeutend.“

Aus der Rechnung ergibt sich, daß die Brenner auf
jeden Hektoliter Alkohol 3,50—5,00 Mk. draufbezahlt
haben und es ist unlegbar ein ganz gewaltiges Verdienst,
daß sie trotzdem ihre Brennereien nicht zugeschlossen haben.
Wenn sich die Schnapsbrenner schon aufs Schwindeln ver-
legen, dann müssen sie es mindestens etwas klüger an-
fangen, denn das glaubt ihnen kein Mensch, daß sie auch
nur einmal auf kürzere Zeit wirklich mit Verlusten gear-
beitet haben.

Iber gesetzliche Sicherheitsmaßnahmen auf Dzean- dampfern

wird eine Konferenz am 6. ds. Mts. im Reichsamt des
Innern beraten. Vertreten werden sein außer den Reichs-
kommissaren Vertreter der gesamten deutschen Schiffsahrts-
korporation und Großreedereien; auch die Seebereitungs-
gesellschaft wird vertreten sein. Daß auch die Organi-
sation der Seeleute Vertreter zu der Konferenz entsenden
soll, ist nicht bekannt; gerade sie sollten bei solchen Be-
ratungen mit ihren sachmännischen Urteilen nicht fehlen.
Es werden sieben Referate, die schriftlich eingereicht wer-
den, vorgelesen. Die einzelnen Punkte der Beratung
dürften folgende sein: Die Sicherung der Passagiere durch
Kettungsboote usw., größere Stabilisierung der Schiffe
durch wasserdichte Unterteilung des Innenraumes, ferner
Sicherung der Seeschifffahrt durch Festlegung der Fahr-
straßen und internationaler Abmachungen über Hilfe-
leistungen in Seenot.

Kriegervereins-Terrorismus.

In Oberhessen, speziell im Wahlkreise Kattowig,
fahren die Kriegervereine fort, solche Mitglieder auszu-
schließen, die bei der Stichwahl zwischen dem Sozialdemo-
kraten und dem Polen überhaupt zur Wahl gegangen
sind. Der Kriegerverein in Schoppinich hat 60 Mitglieder
dieserhalb ausgeschlossen und damit bekundet, daß er ein
Werkzeug der Hakatisten ist. Dieses Treiben geht selbst
der ultramontanen „Schlesischen Volkszeitung“ wider den
Strich; das Blatt schreibt nämlich:

„Es sieht außer Frage, daß Werksverwaltungen wie
Kriegervereine hiermit praktisch für die Förderung
der Sozialdemokratie — oder, überlegt, für den
Linksblock gegen das Zentrum und die rechtsstehenden
Parteien — eingreifen. Denn Sozialdemokraten sind ein-
mal mehr in „freieren“ Berufen, wie dem der Maurer,
Tischler usw., die keiner Werksverwaltung unterliegen,
tätig, und zum anderen niemals Mitglieder von Krieger-
vereinen. Wer also Werksangehörige und Kriegervereins-
mitglieder bei solchen Wahlen zurückhält, fördert geradezu
die Wahl des Sozialdemokraten.“

Freimünige Wahlmanöver.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages begann
am Dienstag die Prüfung der Wahl des Abg. Raempff.
Aufschiebung war die Ungenauigkeit, mit der der Wahl-
kommissar bei der Feststellung der Wahl vorging. Un-
genauigkeiten oder anstößende Unregelmäßigkeiten, die
eine Nachprüfung der Wahl ergibt, hat der Wahlkommissar
protokollarisch festzulegen. Der Kommissar des freimünigen
Magistrats ließ aber z. B. völlig unbeachtlich, daß im
666. Wahlbezirk 2 Stimmzettel mehr abgegeben waren,
als Wähler vorhanden waren, ebenso, daß im 661. Be-
zirk ein Mann, der garnicht in der Wählerliste stand, bei
der Stichwahl zur Wahl zugelassen wurde. Diese
Mängel mußte erst der Referent der Kommission, Genosse
Reißhaus aus den Akten feststellen. Die Kommission be-
schloß, dem für gewählt erklärten Abgeordneten im 666.
Bezirk 2, im 661. eine Stimme abzuziehen. Ferner er-
klärte sie zwei auf Düwells und einen auf Raempff lau-
tender Stimmzettel für gültig, die die Wahlvorsteher mit
Unrecht für ungültig erklärt hatten. So war ein Stimm-
zettel „Wilhelm Düwells“ für ungültig erklärt, weil die
Person des Gewählten nicht klar aus dem Zettel hervor-
geht, und das, wiewohl es sich um die Stichwahl zwischen
Raempff und Düwells handelte! Infolge Nachprüfung der
Wahl sank mithin die auf Raempff entfallende Stimmen-
zahl von 5588 auf 5586, die Stimmen für Düwells er-

höhten sich von 5579 auf 5581. Der Protest enthält eine
große Anzahl Beschwörungsformeln, deren bis jetzt nur einige
zur Beratung gelangen konnten. Diese wurden ein-
stimmig für erheblich erachtet. Es war be-
hauptet, daß Wähler aus dem Arbeiterstand erst am
4. Januar die Mitteilung erhielten, daß sie auf Antrag
eines Dritten im ersten Berliner Wahlkreise gestrichen und
einem anderen Wahlkreise überwiesen worden sind. Diese
Wähler haben mehrere Wohnsitze, ihre Namen hätten
also in der Liste des ersten Berliner Wahlkreises bleiben
müssen, und man hätte ihnen überlassen sollen, wo sie ihr
Wahlrecht ausüben wollten. Auf weissen Antrag die
Streichung erfolgt ist, ist den vom Wahlrecht Aus-
geschlossenen nicht mitgeteilt worden. Ebenso fehlt in der
Wählerliste entgegen der Vorschrift des Wahlreglements,
jede Angabe des Grundes, aus dem die Streichung
erfolgt ist. In dem kleinen Wahlkreise ist, wie
der Referent feststellt, die auffallend große Zahl
von 415 Wählern gestrichen; 142 sind nachgetragen.
Die Gestrichenen gehören überwiegend der Arbeiterklasse
an; unter den Nachgetragenen befinden sich Bankdirek-
toren, Studenten u. dgl. Der ganze Sachverhalt läßt die
Behauptung des Protestes wahrscheinlich erscheinen, daß
für die Streichungen einseitiges liberales Par-
teinteresse maßgebend war. Es würden die Wäh-
lerlisten voraussichtlich für den Fall einer Neuwahl kassiert
werden müssen. Der Berliner freimünige Magistrat scheint
sich für besagt erachtet zu haben, nach Schluß der Wähler-
liste von Amts wegen noch Eintragungen oder Streichun-
gen vorzunehmen.

Die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Dr.
Raempff in der Wahlprüfungskommission wurde heute
(Mittwoch) beendet. Über eine große Reihe von Punkten
wurde Beweis beifolgt. Es handelt sich bei ihnen um
19 Wähler, die Ausländer oder einmündig oder ohne
Wohnsitz im Wahlkreise gewesen sein sollten. In einem
Falle soll ein Herr vom Wahlvorstandsstich einem Bank-
direktor, der einen Zettel für Düwells hatte, den „richtigen“
Zettel eingehändigt haben. Nach der in der letzten Sitzung
vorgenommenen Berichtigung der Ergebnisse der Wahl-
akten entfielen auf Raempff nur 5586, auf Düwells 5581
Stimmen. Die Stimmenmehrheit betrug demnach nur noch
2 Stimmen. Fällt auch nur ein Teil der beschlossenen Beweis-
aufnahme im Sinne der Protestbehauptungen aus, so
müßte die Wahl für ungültig erklärt werden. Die Kom-
mission beschloß einstimmig, dem Reichstage Beweis-
erhebung über etwa 18 Punkte vorzuschlagen.

Die Kommission beschloß, entgegen einer früheren
falschen Praxis einstimmig: Streichungen
oder Nachträge von Amtswegen nach
Ablauf der achtstägigen Auslegung der
Listen sind unzulässig. Sie beschloß ferner,
über die bislang vorgebrachten Protestpunkte Beweiserhe-
bung durch Zeugenvernehmung, amtliche Auskunft und
durch Einfordern der Hauptliste nebst den Belegstücken. —
Die Prüfung der Wahl wird fortgesetzt.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Zur Wahl des Abgeordneten Pauli war ein eigen-
tümlicher Nachtragsprotest eingelaufen. 17 Punkte des
Protestes werden in diesem Nachtrage zurückgezogen.
Nach längerer Beratung vertagte die Kommission die Be-
schlußfassung darüber, ob eine solche Zurücknahme, nach-
dem bereits die Kommission Beschluß über die Protest-
punkte gefaßt hatte, zulässig sei, und welche Wirkung sie
habe.

Ein Mißtrauensvotum der Hakatisten gegen die preussische Regierung.

Der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins hat sich
wieder einmal mit der Polenpolitik der preussischen Regie-
rung beschäftigt, die den Herren Hakatisten seit Jahren zu
schlapp und unentschlossen ist. In einer langen Resolution
wird versichert, daß trotz aller Versprechungen und feier-
lichen Erklärungen der Regierung „das Vertrauen zu
ihr auf eine weitere kraftvolle Fortführung der Ostmarken-
politik im Bismarckschen Sinne in weiten Kreisen ge-
schwunden“ sei. Dann heißt es weiter:

„Auch die Erklärung der königlichen Staatsregierung
im Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses vom 17. April
bei Beratung des Berichts der Ansiedlungskommission
ist nicht geeignet, die schweren Besorgnisse zu beheben,
hat vielmehr den Beweis erbracht, daß eine Schwän-
kung auf dem Gebiete der Ansiedlungspolitik vorliegt:

1. Die jetzt amtlich angekündigte Maßregel, daß nur
solcher Boden, der fernerhin durch Besitzwechsel aus deut-
scher in polnische Hand übergeht, enteignet werden soll,
stellt eine neue, nicht im Gesetz erforderte Einschränkung
der Enteignungsbezugnis dar, die eine planmäßige Besiedlung
unmöglich macht und daher den
Fortgang des Ansiedlungswerkes im hohen Maße beein-
trächtigen muß.

2. Dieselbe Wirkung muß die vom Ostmarkenverein
seit Jahren beklagte, nunmehr auch amtlich zugestandene
Verringerung der Ansiedlungstätigkeit
haben, und das in einer Zeit, wo die Zahl der ansiede-
lungslustigen Bewerber größer ist, als je zuvor und zahl-
reiche brauchbare Rückwanderer aus dem Auslande der
alten Heimat verloren zu gehen drohen.

3. Bezüglich des nicht minder wichtigen und dring-
lichen Parzellierungsgesetzes wird die gleiche
ausweichende und hinhaltende Verzögerungspolitik beob-
achtet. Durch immer neue Verheißungen werden die mah-
nenden Stimmen innerhalb und außerhalb des Landtags
zum Schweigen zu bringen versucht.“

Schließlich wird betont, alle amtlichen Versicherungen,
denen nicht die Beistimmung folge, könnten nach den Er-
fahrungen der letzten Jahre nicht mehr die Beforgnis be-
seitigen, daß die Regierung auf dem Wege sei, eine
neue Schwänkung in der Ostmarkenpolitik
einzuschlagen.

Nunquam retorsum! (Niemals rückwärts!) So
versicherte seinerzeit Bethmann-Hollweg in bezug auf die
Polenfrage seinerzeit. Man sieht, daß ihm trotzdem die
Hakatisten nicht trauen und sie haben von ihrem Stand-
punkte aus nicht einmal so unrecht, denn es ist in der
Tat eine Schwänkung in der preussischen Polenpolitik ein-
getreten. Die Regierung hat die Angriffspolitik vorerst
angegeben, mußte sie aufgeben, denn Bethmann braucht
die polnischen Stimmen im Reichstage sehr notwendig
gegen die Linke.

Wehrvereins-Phantastereien.

Der Reichstag befaßt sich gegenwärtig mit einer über-
aus kostspieligen Wehrevorlage, und die neueste Grünbung
des betriebsamen Generals Reim, der Wehrverein, hätte
allen Anlaß, seine Befriedigung zum Ausdruck zu bringen.
Statt dessen haben die Ortsgruppen des Wehrvereins aus-
scheinend den Auftrag erhalten, einen Petitionssturm auf
den Reichstag zu entfesseln, weil der Kriegsminister zu
wenig verlangt. Daß dabei die gold-philistrischen Leipziger
Patrioten nicht im Hintertreffen stehen dürfen, versteht
sich am Rande. Sie haben an das Reichstagspräsidium
eine Eingabe gerichtet, in der sie wünschen:

1. Die glatte und sofortige Annahme der Heer- und
Flottenvorlage gemäß des Regierungsentwurfes
und Ausschußberatung,
2. Stellung der Deckungsfrage bei der Bedeutung des
ungeschwälzten Annahme der Vorlage erst in zweiter
Linie,
3. sofortige Ausarbeitung einer dem Ernste der poli-
tischen Lage angepaßten und die Mängel der
jetzigen Heeresvorlage beseitigenden Ergänzungsvor-
lage,
4. Einbringung eines Gesetzes über die tatsächliche
Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Der Reichstag wird sich natürlich beeilen, den Wünschen
dieser Über-Patrioten Rechnung zu tragen! Wäre es
nicht angebracht, wenn der General Reim auch einmal
eine Organisation schaffen würde, die es sich zur Aufgabe
stellt, die Mittel zu beschaffen, die nötig sind, diesen
Rüstungs-Wahnwitz zu befriedigen?

Jesuiten-Interpellation in der bayerischen Kammer.

Am 1. Mai wurde in der bayerischen Kammer die
nationalliberale Interpellation über den bayerischen Je-
suitenklau verhandelt. Der liberale Abg. Dr. Dirn-
begündete die Interpellation ruhig und sachlich. Her-
leitung gibt eine lange Erklärung ab, in der er sehr stark
die Loyalität der bayerischen Regierung gegen das Reich
betont. In der Besprechung nahm zunächst der liberale
Führer Casselmann das Wort, dem der Kultus-
minister in anerkennend-kühner Rede antwortete. Ein
Versuch der Liberalen, die Debatte abzubringen, wurde
vom Zentrum vereitelt. Außergewöhnliche Zusammenkünfte
kamen diesmal nicht vor.

Rußland.

Solidaritätskundgebung. Zum Protest gegen
die Vorkommnisse in den Lena-Berg-
werken folgten 54 000 Arbeiter in 148 Fabriken und
Werkstätten. In den inneren Höfen mehrerer Fabriken
stimmten die Arbeiter das Totenlied an, zum Ge-
dächtnis der erschossenen Arbeiter, sodas die Polizei
eingreifen mußte. Der Polizeipräsident hat 135 Arbeiter
und Studenten beiderlei Geschlechts zu zehn Tagen
bis drei Monaten Arrest wegen Teilnahme an den
Straßenruhen der letzten Tage verurteilt. Der
Ministerpräsident ist gestern abend nach Satta abgereist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 2. Mai.

Achtung, Landschaftsgärtnerarbeiter! Sämtliche
Landschaftsgärtnerbetriebe Lübecks sind gesperrt. Zugang
von geleerten und ungelerten Arbeitern ist streng fern-
zuhalten. Das Streikbureau der Gärtner befindet sich
Stabenstraße 33.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Die Jahresberichte
des Arbeiterssekretariats und des Gewerkschaftsartikels für
1911 sind fertiggestellt. Es wird erucht, diese baldmöglichst
im Bureau des Sekretariats in Empfang zu
nehmen.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des
Gewerkschaftsartikels und des Arbeiterssekretariats wird
heute Donnerstag, den 2. Mai, am Freitag,
den 3. Mai, und am Sonnabend, den 4. Mai, abends
von 8 Uhr an zur Entgegennahme der Beiträge im Ge-
werkschaftshaus anwesend sein.

Die Maifeier in Lübeck

nahm vom herrlichsten Frühlingwetter begünstigt einen
prächtigen Verlauf. In den ersten Vormittagsstunden schon
konnte man in der inneren Stadt größere oder kleinere
Trupps festlich gekleideter Arbeiter wahrnehmen, die vielfach
geschmückt mit roten Nelken in den Knopflöchern, der So-
hannisenstraße zustrebten. Der große Saal des Gewerkschafts-
hauses war bald gefüllt. Punkt 9 Uhr begann dort ein
Konzert der organisierten Zivilmusiker, die für das Gebotene
uneingeschränktes Lob verdienen. Kurz vor 10 Uhr brachten
die Arbeiterfänger das stimmungsvolle Sturmlied zum Vor-
trag und dann betrat der Festredner Genosse Wiffell-
Berlin das Podium. Er hielt ein etwa dreiviertelstündiges
zündendes Referat, in denen er neben der Bedeutung des
Arbeiter-Weltfeiertages die Maiforderungen erläuterte und
gegen die aus Anlaß des Bergarbeiterlohnkampfes inau-
gurierte Streikpolitik protestierte, die eine Klassenrechtsprechung
im wahrsten Sinne des Wortes zu nennen sei. Zu-
dem Arbeitererwerb und die Profitwut des Ka-
pitalismus übergehend, behandelte Redner dann
die schreckliche Titanic-Katastrophe und geißelte das Verhal-
ten des profitwütigen Direktors Bruce Ismay, der fast 2000
Menschen in den Tod hegte und sich am ersten in Sicherheit
brachte, in äußerst scharfer Weise. — Zum Schluß behandelte
der Redner die neuen Rüstungsvorlagen, gegen die er —
von lebhaften Zurufen und Zustimmungskundgebungen un-
terbrochen — allerhöchsten Protest einlegte. Mit einem
Ausklang auf den Völkerverfrieden und einem Ausblick auf den
kommenden Menschheitsfrühling schloß Redner seinen wohl-
durchdachten, fein pointierten Vortrag, der ihn den lebhaft-
sten Beifall der äußerst stark besuchten Versammlung ein-
brachte. Nach ihm brachte der Vorsitzende des Maifeier-
komitees, Genosse Bröndt, folgende Resolution zur Ver-
lesung und Abmündung:

Die heute, am 1. Mai 1912, Versammelten bekennen
sich erneut zu den Arbeiterskühnforderungen, die der Inter-
nationale Arbeiterkongress zu Paris am 20. Juli 1889 er-
hoben hat.

Sie fordern deshalb in erster Linie die gesetzliche Ein-
führung des Achtstundentages für alle in der Industrie,
im Handwerk, in Handel und Verkehr Beschäftigten, sowie
wirkliche Koalitionsfreiheit.

Angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus in-
folge seiner immer gemeingefährlicher werdenden Rüstungs-
politik, die nicht nur die Kriegsgefahr steigert und am
Marke der Völker zehrt, die Sozialpolitik nahezu zum

Herren- u. Knaben-Konfektion * Schuhwaren

Herren-Joppen-Anzüge
1reihig, braun gemustert, modernes Fasson, gut verarbeitet 23⁰⁰ M.

Herren-Joppen-Anzüge
1- und 2reihig, solides Muster, sehr elegant 32⁰⁰ M.

Jünglings-Joppen-Anzüge
1- und 2reihig, in allen modernen Farben 18⁵⁰ M.

Knaben-Anzüge
Blusen- und Jacken-Fasson, blau und mod- farbig 6⁵⁰ M.

Herren-Hosen
in dunkel gestreiften Dessins 3⁴⁰ M.

Sommer-Joppen, Sommer-Hosen
äußerst leicht und bequem, grau ge- mustert 3²⁵ M.

Sommer-Lodenjoppen
dunkelgrau und grünoliv gemustert, kolossal haltbar 4⁷⁵ M.

Knab.- u. Mädch.-Waschblusen
weiß und blaugestreift, hochgeschlossen od. mit Marinekragen Größe I 1⁴⁰ M.

Kinder-Sweater Halsausschnitt mit langen oder halblangen Ärmeln, in blau, rot, weiß u. gestreift Größe 0 1³⁵ M.

Strohüte in allen modernen Fassons, weiß und gelb, für Herren 1⁷⁵ M.

Chevr.-Damen-Schnürstiefel
breites bequemes Fasson mit Lackkappe in braun 8.50 M. schwarz 7⁵⁰ M.

Rindbox-Herren-Schnürstiefel
moderne breite Form, äußerst leicht und kräftig 7⁹⁵ M.

Rindbox-Kinder-Stiefel
breit und bequem, kolossal haltbar, Gr. 27 braun m. Lackkappe 4.95 M., schwarz 4¹⁵ M.

Dam.-Haus- u. Spangenschuhe
in schwarz und braun, Lederkappen, Leder- innensohle, mit Spangen 3.45 M., Ausschnitt 2⁶⁵ M.

Herren-Schnür- u. Zug- Arbeits-Stiefel Spaltleder, genagelt Größe 40-46 3⁹⁵ M.

Sandalen braun la. Rindled., auß. leicht u. bequem . Größe 28 2⁴⁰

Plüsch-Pantoffel grün u. rot gemustert mit Kernledersohle . 95

Leder-Pantoffel schwarz und braun, für Damen . Größe 36-42 1⁷⁸

Melton-Pantoffel in braun, rot u. blau mit Kernledersohle . 95

Kinder-Spangenschuhe in braun Ziegenled., breite bequeme Form . Gr. 25 1⁹⁰

Kostüm-Röcke
aus melierten Stoffen mit Knopfesatz, Fraüengröße 5⁹⁵ M.
aus eleganten, hellgestreiften Stoffen, neueste Machart 9⁸⁵ M.
aus la. blauem Kammgarn, mit Knopfgarnitur 10⁷⁵ M.

Kinder-Faltenröcke
aus blauem Cheviot, ganz auf Futter m. doppeltem Leibchen Größe 50 3⁵⁰ M.
Steigend pro Größe mit 25

Enormer Kinder-Kleider Einheitspreis aus reinwollenen Stoffen mit Paspeln und Knöpfen garniert Länge 60-90 cm 8.75 M. 7²⁵ M.

Damen- und Mädchen-Konfektion

==== Infolge vorgerückter Saison kaufte ich große Partien ====
☐ ☐ Paletots, Kostüme und Kindermäntel weit unter Preis. ☐ ☐

Backfisch-Paletot
aus blauem Cheviot oder melierten Stoffen, mit Seidenspiegel und Besatz 8⁷⁵
aus englisch gemusterten Stoffarten, mit apartem Tuchkragen und Goldknöpfen 13⁷⁵
aus melierten Stoffen, mit farbiger Abseite, moderner Revers- und Knopfesatz 16⁵⁰

Frühjahrs-Paletot
aus hell und dunkel gemusterten Stoffen, Rücken wenig geschweift 9⁵⁰
a. dunklem, feingestreiftem Kammgarn, Kragen und Revers mit Seide garniert 14⁷⁵
aus hellen flauschartigen Stoffen, linkes Revers mit abnehmbarer Tuchklappe 24⁷⁵

Blusen
aus apartem hellgestreiftem Zephir mit Tüllpasse und Kurbelstickerei 4⁷⁵
aus reinwollenem Musselin, ganz auf Futter m. Seidenpaspel, Knöpfchen und schicker Tüllschleife, garniert 5⁷⁵
aus reinwollenem Popelin mit einfarbigem Tuchbesatz, ganz auf Futter 6⁵⁰

Frauen-Paletot
aus schwarz. Corkerew, Geishaform, ganz a. Futter 14⁵⁰
aus schwarz. Tuch, Rücken geschweift, m. einf. Knopfgarnitur 19⁵⁰
aus la. schwarz. Tuch, mit handgesticktem Besatz 24⁵⁰

Kostüme
aus uni Tuch oder Kammgarn, äußerst flotte Machart 24⁵⁰
aus blauem Cheviot mit hellgestreiftem Popeline-Revers 28⁵⁰
aus original englischem Stoff, Jacke auf Seide 48⁵⁰

Enormer Kinder-Paletots Einheitspreis aus grau meliert. u. hell gestreift. Stoffen für das Alter von 3-14 Jahren . . 8.75 M. 4⁹⁵

Damen-Putz

Die Auswahl in garnierten und ungaryierten Hüten für Damen und Mädchen ist enorm.
Die Preise sind billigst. Die Verarbeitung der Hüte ist geschmackvoll.

Garnierte Hüte

Matelot aus feinem Stroh mit fescher Sammettschleife 1²⁵
Strohbrettonne m. Sammetband u. Sammetknöpfen 2⁹⁵
Frauenhut mit Taffetseide u. Rosengarnierung 4⁸⁵
Rundform mit Röschen und fescher Bandschleife 5⁵⁰
Pierot mit moderner Sammetgarnitur 6⁵⁰

Blumenhut aus Phantasiestroh, vornehm garniert 7⁵⁰
Sammettoque aus Roßhaar, mit echter Straußfeder 8⁵⁰
Jugendl. Toque fesch garniert m. Changeanttaffet 9⁵⁰
Jugendl. Brettonne mit Rosen u. schicker Sammettschleife 6⁵⁰
Kinderhüte reizende Ausführung von 12 Mk. bis 80



Hut-Formen
Rundform in Holzbast 90
Roßhaar-Imitat. in schwarz 1⁷⁵ M.
Brettonne gr. mod. Form i. all. Farben 4⁵⁰ M.
Modiform Roßhaar 4⁷⁵ M.
Gamin-Florentiner ganz weich, letzte Neuheit 4⁹⁵ M.

Hutblumen
Röschen-Pikee 12 Stück 35
Rosenlaub Pikee Stück 42
Stoffrose mit Laub 38
Gänseblümchen in allen Farben 60
Große Rosen mit Laub 80

Vorjährige auch nicht bei mir gekaufte Hüte werden schiek, schnell und billigst in meinem Atelier modernisiert.

Eleganter schieker Togalut mit aufgeschlagener Krempe und modernem Flügelgesteck (genau wie Abbildung) 12⁵⁰

Lübeck
Königstr. 87-89
Ecke Wahnstraße.

Hans Struve

Rendsburg
Neumünster

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 102.

Donnerstag, den 2. Mai 1912.

19. Jahrg.

Die Maiseier.

Nach den Berichten, die aus dem Reiche bisher eingegangen sind, ist die diesjährige Maiseier wieder sehr imposant und willig verlaufen. Auch die Stimmung in den Versammlungen war kampfesfreudig und zuversichtlich. Mag dazu beigetragen haben, daß das politische Leben beherrscht wird von der Bewegung gegen die neuen drohenden Rüstungsausgaben, mag sein, daß die wirtschaftlichen Kämpfe dieses Jahres einen starken Impuls auf die Maiseier ausgeübt haben, soviel ist sicher, daß in allen Versammlungen und Veranstaltungen hoher Kampfmotiv und unverfälschte Zuversicht in die Kraft und Stärke der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kamen.

Die Maiseier in Berlin trug einen imposanten Charakter. Das Straßenbild ist schon so stark von ihr beeinflusst, daß sich kein Mensch trotz des lärmenden Verkehrs der Weltstadt ihrem Einfluß entziehen kann. An Wochentagen strömen zwischen sechs und sieben Uhr unendliche Scharen Arbeiter im Arbeitsrock nach dem Inneren der Stadt. Heute fiel dieser Arbeiterstrom vollständig aus, aber schon eine Stunde später, von acht Uhr ab, sah man erst in vereinzelten Trupps, um so näher die zehnte Stunde rückte, immer häufiger und häufiger Arbeiterzüge nach den großen Versammlungsorten marschieren. Die in der Nähe der Versammlungsorte der Holzarbeiter und Metallarbeiter, „Neue Welt“ und „Brauerei Friedrichshagen“, gelegenen Straßen folgten schon 1/10 Uhr nur noch endlose Flüge von Arbeitern, die in die Maiseier versammelten. Beide Miesenlokalitäten sind denn auch lange vor Beginn der Versammlung vollständig überfüllt, 88 von den Gewerkschaften veranstaltete Versammlungen fanden am Vormittag in Berlin selbst statt. Alle waren überfüllt. In vielen Lokalen fanden mehrere Versammlungen zu gleicher Zeit statt. Die Arbeitsruhe war demnach eine ganz außerordentlich große, größer als je vorher in Berlin. Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter hatten mit geringen Ausnahmen die Arbeit ruhen lassen, und ebenso erfreulich ist die Arbeitsruhe im Steigen in vielen weniger umfangreichen Berufen.

Gleichzeitig mit diesen Berliner Vormittagsversammlungen fanden in den Vororten 22 und in der weiteren Umgebung 15 Versammlungen statt. Überall daselbe Bild wie in Berlin selbst: sehr stark besetzte Versammlungen, die die steigende Arbeitsruhe dokumentierten. Auch die Frauen nehmen von Jahr zu Jahr zahlreicher an den Versammlungen teil. Abgesehen von den Frauenberufen, wie Blumenarbeiterinnen, Wäscherinnen usw., die meist in geschlossenem Zuge zu den Versammlungen marschieren, waren auch diesmal wieder außerordentlich viele Frauen ihren Männern in die anderen Berufsversammlungen gefolgt.

Am Nachmittag und Abend fanden in Berlin selbst 26, in den beiden Nachbarbezirken L e t o w - W e s t o w und N i e d e r - W a r n i m 29 und 88, zusammen 87 Veranstaltungen statt, die für die Familien bestimmt waren und zu denen der Andrang erklärlicherweise noch größer war, als zu den Morgenversammlungen.

Aus dem Reiche gehen uns über den Verlauf der Maiseier die folgenden Nachrichten zu:

H a m b u r g: Die Stadt steht im Zeichen der Maiseier. Seit 9 Uhr vormittags marschieren Hunderttausende vom Stadtteil Hohenfelde nach Forsthaus an der preußischen Grenze. Bis 1 Uhr nachmittags war der Zug, der eine Kolonnenbreite von 5-6 Mann zeigte, noch nicht zu Ende. Viele Musikkorps und Hunderte von Fahnen und Bannern waren im Zuge. 5000 Werftarbeiter, die Erbauer des Riesen Schiffes „Imperator“ marschierten geschlossen im Zuge. Auf dem waldbesäumten Festplatz fand das Volksfest statt, das etwa 200 000 Teilnehmer zeigte. Abends fanden 17 Versammlungen statt.

K i e l: In Kiel fanden am Vormittag drei Maiseierversammlungen statt, die von etwa 2500 Personen besucht wurden. Eine Anzahl Gewerkschaften, besonders das Bau- und Holzgewerbe, hatte Arbeitsruhe beschlossen und auch durchgeführt. Dagegen wird auf den Werften gearbeitet. Nachmittags fand ein Auszug statt und am Abend finden noch sechs Versammlungen statt. Der Festzug ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. — Auch aus den übrigen Orten des Reichstagswahlkreises Kiel wird berichtet, daß die Vormittagsversammlungen gut verlaufen sind.

S t e t t i n: Für Groß-Stettin fanden zwei Versammlungen statt, die von 2500 Personen besucht waren. Im Anschluß daran unternahm die Demonstration einen Spaziergang. Am Nachmittag waren 10 Veranstaltungen. Der Polizeipräsident drohte an, er werde die Festlichkeiten überwachsen lassen.

K o s t o c k: Die Maiseier-Beteiligung war verhältnismäßig schwach. Circa 700 feierten.

W i s m a r: Bismarck gute Maiseier mit anschließendem Ausflug.

R ö n i g s b e r g: Die Arbeitsruhe hatte einen Umfang wie nie zuvor. Die Vormittagsversammlung zählte 6000 Besucher. Bei dem Volksfest am Nachmittag war noch eine weit größere Zahl anwesend.

B r e s l a u: Die Zahl der Feiern ist im Verhältnis zu den früheren Jahren bedeutend größer geworden. Die Löhner feierten geschlossen. Die Metallarbeiter, die zum ersten Male seit der großen Ausperrung 1908 wieder eine Versammlung abhielten, konnten über 500 Feiern müßern. Eine Anzahl Arbeiter wird auf Beschluß der Unternehmerorganisation bis Montag ausgesperrt. Die beiden Vormittagsversammlungen waren außerordentlich stark besucht. Die Polizei stand vollzählig auf dem Sprung, hatte aber nichts zu tun. Das Nachmittagsfest hatte unter der kalten rauhen Witterung zu leiden, dennoch war der Besuch ein starker. Am Abend fanden in Breslau und Umgegend 26 Versammlungen statt.

G ö r l i c h: Zum ersten Male fand in Görlitz zur Feier des 1. Mai eine Vormittagsversammlung statt, die von nahezu 1000 Personen besucht war. An der imposanten Versammlung beteiligte sich die große Mehrzahl der seit vier Wochen im Auslande stehenden Arbeiter der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial zu Görlitz. Weiter fanden Nachmittags- und Abendversammlungen statt.

Z i t t a u: Auch in der sächsischen Oberlausitz hatte die Maiseier in diesem Jahre einen Aufschwung zu verzeichnen. Wenn auch ganz naturgemäß die Maiseiern in den ländlichen Orten nicht den demonstrativen Charakter annehmen können als in den größeren Städten, so ist doch das Erfreuliche zu verzeichnen, daß die Zahl der Versammlungen und Veranstaltungen zugenommen hat. In den drei ersten sächsischen Reichstagswahlkreisen fanden insgesamt in 81 Orten Versammlungen statt, die zum Teil in Frühversammlungen, wobei allerdings nur die größeren Industrieorte in Frage kamen, zum Teil in Frühausflügen, Nachmittagsausflügen und Abendveranstaltungen bestanden, woran Arbeiter-Sänger, Radfahrer und Turner sich beteiligten. Die Vormittagsversammlungen u. a. in Zittau und Neu-Gersdorf waren bedeutend stärker als im Vorjahre. Dasselbe war auch bei allen anderen der Fall.

D r e s d e n: Die Maiseier zeigte heute stärkere Beteiligung denn je. Morgens fanden 10 überfüllte, zum Teil abgesperrte Versammlungen statt. Nachmittags bewegten sich zwischen 8 und 4 Uhr drei riesige Züge unter Vorantritt von Musik nach den beiden Festablässen. Es dürften zusammen an den Festzügen 35-40000 Personen beteiligt gewesen sein. In den Lokalen selber waren mehr als 50 000 Personen anwesend. Die Ansprachen waren von der Polizei verboten worden wegen der Gefahr der Beteiligung Jugendlicher. Abends finden in 87 Lokalen Kommerzienfesten statt.

C h e m n i t z: Die diesjährige Maiseier im sächsischen Manchester hatte eine riesige Beteiligung aufzuweisen. Am Umzuge nahmen etwa 10 000 Personen teil. Der Saal

sowie der riesige Garten des Volkshauses waren dicht besetzt. Im Erzgebirge war die Beteiligung ebenfalls sehr stark. Die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiernenden war in allen Orten bedeutend größer als je zuvor.

M a g d e b u r g: Im Regierungsbezirk Magdeburg war die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiernenden im großen und ganzen betrübend. Die Magdeburger Genossinnen und Genossen unternahm in einer Zahl von etwa 1500 einen Frühspaziergang. Am Abend fanden in Magdeburg 10, im ganzen Bezirk 40 Veranstaltungen statt.

H a l l e: Zum ersten Male war hier ein Maizugzug statt. Es nahmen etwa 6-7000 Personen, darunter 400 Frauen daran teil. Der Zug marschierte mitten durch die Straßen und passierte auch einige verkehrreiche Straßenkreuzungen, ohne daß nennenswerte Störungen verursacht worden wären. Früher hat man den Umzug immer unter Hinweis auf solche Störungen verboten. Die Mittagsversammlung war von 6000 Personen besucht.

E r f u r t: Die Arbeitsruhe in Erfurt hatte den gleichen Umfang wie in den früheren Jahren. An dem Morgen-spaziergang beteiligten sich etwa 1000 Personen. Der Abmarsch vom Partellokal erfolgte ebenso wie die Rückkehr in die Stadt mit polizeilicher Genehmigung in geschlossenem Zuge. Nachmittags und abends finden in zwei Sälen Veranstaltungen und Versammlungen statt.

M ü h l h a u s e n i. T h: Die Zahl der Feiernenden war größer als in jedem Vorjahre. In einem Morgenausflug beteiligten sich etwa 800 Personen. Die Mittagsversammlung wies 1000 Besucher und glänzende Stimmung auf. Abends finden Veranstaltungen statt.

B r a n d e n b u r g (Havel): Ein Frühausflug nach dem Nachbarort Schmerze zeigte starke Beteiligung. Die festliche Veranstaltung am Nachmittag war gleichfalls sehr stark besucht, am Abend sollen drei Versammlungen stattfinden.

F r a n k f u r t a. M.: Die Vormittagsversammlung im „Livoll“ wies 5500 Besucher auf, in Fachsenheim fand eine Versammlung mit 550, in Fachsenheim eine solche mit 200 Teilnehmern statt.

K a s s e l: Am Vormittag tagte eine allgemeine Versammlung und mehrere Branchensammlungen. Die Arbeitsruhe war in einigen Branchen fast allgemein. Am Abend fand eine große Festveranstaltung und in Landorten zehn Versammlungen statt.

B r a u n s c h w e i g: In Braunschweig fand ein Früh-ausflug nach dem Neuen Walde statt, morgens 11 Uhr in der Stadt eine Volksversammlung. Es beteiligten sich daran 2500 Personen. Im Baugewerbe ruht die Arbeit vollständig, in den Fabriken nur wenig, da beschlossen worden war, bei einer evtl. Ausperrung keine Unterstützung zu zahlen. Die Polizei und Gendarmen war schon morgens in Massen aufgebogen, legte aber dem Umzuge durch eine Reihe Straßen der Stadt nichts in den Weg. Es fand nur noch eine Versammlung in Heimstedt statt. Abends werden in zwölf Orten Versammlungen abgehalten.

M ü n c h e n: Für die Demonstration der Münchener Parteigenossen war auch heute wieder der Landungsplatz vor der Parsival-Luftschiffhalle im städtischen Ausstellungspark zur Verfügung gestellt worden. Die Zahl der Feiernenden hat auch dieses Jahr wieder ganz bedeutend zugenommen. Auf sämtlichen Bauten ruht die Arbeit, ebenso in den meisten Werkstätten und Fabriken der Metall- und Holzindustrie usw. Auch alle irgendwie abkömmlichen Arbeiter der städtischen Betriebe feiern. Die Demonstranten, darunter zahlreiche Frauen, marschieren in vier endlos langen Zügen, die gleich Riesenschlangen durch die Stadt zogen, mit zahlreichen Musikkorps zum Versammlungsplatz, der dicht gefüllt wurde. Die Zahl der Teilnehmer an der außerordentlich imposanten Demonstration dürfte mit 60 000 nicht zu hoch beziffert sein. Auf dem Versammlungsplatz wurden von mehreren Plattformen Ansprachen gehalten. Am Schluß wurde die von der Parteipresse veröffentlichte Resolution einstimmig angenommen.

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von A p h o n s e D a u b e t.

(28. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Zwölftes Kapitel.

Romain und Sylvanire.

Und immer das dumpe Grollen, aber näher, stärker, dicht bei ihr. Dennoch ist ihr Kopf freier und ihre Ohren lauschen nicht mehr. Sie öffnet die Augen und ist erstaunt nicht mehr den Abgang, nicht mehr den Steinhaufen zu sehen. Was bedeutet das große Bett, in welchem sie sich befindet und dies Zimmer, wo der Tag durch die gelben Gardinen hindurchscheint, wo Reflexe sich wellenförmig an der Decke und an den Wänden bewegen wie an Häusern, die dicht am Ufer liegen. Frau Ebsen hat diesen Rosenkesselpfich und die an die Wände gestickten bunten Geschäftsempfehlungen schon gesehen, aber was dazu beiträgt, sie vollends zu orientieren, das ist ein gewisses Pfeifen unter dem Fenster und der Ruf: „Geda! Romain.“, welcher selbst das Anprallen des schäumenden Wassers überhört, und dort, in der Türöffnung, eine kleine Blondine in Bauertracht, welche sie betrachtet, plötzlich davon springt und mit Fannys Stimme ruft:

„Sylvanire, sie ist erwacht.“
Und nun sitzen beide, Sylvanire und Fanny, an ihrem Bett; der Anblick des biedereren Gesichts vor ihr und das an ihre Wange geschmiegte seidenweiche Haar des Kindes beleben die arme Mutter wieder. Aber, mein Gott, was ist denn geschehen? wie ist sie hergerkommen?
Sylvanire weiß darüber ebenso wenig als sie selbst. Gestern als Maurice aus dem Religionsunterricht kam, hat er Frau Ebsen wie tot auf dem Wege gefunden. Ein plötzlicher Blutandrang, hatte der Arzt aus Ablon gesagt, und als er sie selbst zweimal zur Aber gelassen und zwar derartig, daß das Blut strömte, sah er sofort, daß weiter keine Gefahr sei. Trotzdem hätte Sylvanire schleunigst an Eline telegraphiert. Das wäre ja so bequem, da sich der Telegraph im Hause befindet.

Romains Frau hielt erschrocken inne, denn sie sieht, wie Frau Ebsen in Tränen ausbricht und sich in ihre Kissen zurücklegt und blässer wird wie die Leinwand. Der Name Eline hat all das Entsetzliche, was für wenige Stunden im Hirne der armen Frau geschlummert, wieder wachgerufen. „Ich habe keine Eline mehr... sie ist fort... Frau Auheman.“ Aus diesen abgerissenen, von Schluchzen unterbrochenen Sätzen bearbeitet Sylvanire, was

von Port-des-Heils hätte schon ähnliche Schandtaten verübt; sie hätte dieses Kind von seiner Mutter abspenstig gemacht, wie das von Damours und das von Gelnotts, sie hat ihnen ein Getränk eingegeben, die abscheuliche Frau!

„Ein Getränk? ... Glauben Sie wirklich?“
sagte die Mutter, die gern an diese Legende glauben möchte, welche den Auhemans die ganze Verantwortlichkeit ihres Verbrochens aufbürdet.

„Sicher hat sie ihr etwas eingegeben, ... ohne dieses wäre es doch unmöglich. ... Aber das tut nichts, Frau Ebsen, die schönen Tage von früher werden wiederkommen. Man wird Ihnen Ihre Eline zurückgeben. ... Nur müssen Sie hier nicht Hilfe suchen, denn die Auhemans sind sozusagen die Könige der Umgegend. Sie müssen nach Paris gehen und die Sache bekannt machen. Mein gnädiger Herr kennt die Minister, er wird mit ihnen sprechen. ... Dann werden Sie bald Ihr Kleinod wieder haben.“

Der rechtliche Blick, die naive Herzlichkeit ... das wirkt wie eine Rückkehr des Mutes und der Hoffnung in das zerrissene Herz der Mutter. Sie denkt an ihre reichen und mächtigen Freunde, an die Priots, an die Baronin. Überall wird sie hingehen und das wird ein förmlicher Aufstand gegen diese böse Frau werden. Hätte Sylvanire sie nicht zurückgehalten, so wäre sie gleich aufgestanden und hätte sich augenblicklich auf den Weg gemacht. Der Arzt hätte Ruhe anbefohlen, sonst könnte ein Rückfall eintreten. Und da es sich um ihr Kind handelte, mußte sie doch verständig sein.

Daß die Genesung ihr langwierig schien, und daß sie grausame Stunden des Wartens in dem Schleusenhaus verbrachte, wer könnte daran zweifeln? Sie maß die Zeit nach dem regelmäßigen Aufstehen der Postkette, schätzte die mit Holz beladenen Flußboote, die langsam und träge hinschlichen, als wären sie eingeschlafen samt ihrem Steuer-mann mit baumwollener Mütze. Am Abend entzündete man eine Flamme auf dem Bordsteil der Flöße, die durch den Reflex verdoppelt schienen. Sie sah diese Flamme im Nebel verschwinden, zog mit ihr und dachte: „Jetzt sind sie in Ablon.“
„Jetzt im englischen Hafen.“
„Jetzt in Paris.“
In der Lässigkeit ihrer aufreißenden Gedanken schien ihr das Wasser, die Reute, die Schiffe mit einer so monotonen Langsamkeit dahin zu gleiten, daß es ihr fast wie ein Hohn vorkam; sie beschloß ihre Genesung in Abschnitte zu ordnen. So viel Tage im Bett, so viel im Lehnstuhl, dann einige Schritte im Hause versuchen, um sich an das Gehen zu gewöhnen, und dann fort! Es war die Aufregung eines Gefangenen, der das Ende seiner Strafe nahen sieht.

Und sie wurde doch im Schleusenhaus mit so viel Liebe behandelt. Romain, der vor Freude seine Frau bei sich zu haben, ganz außer sich war, lang nicht mehr und lachte nicht mehr und das alles aus Rücksicht für die arme Mutter; und wenn er leise enttrat, um einen seiner großen Sträuße aus Riedgras, Schwertlilien und Wasserpalmen, welche er so gut zu ordnen verstand, auf die Kommode niederzulegen, bereitete er sich förmlich dazu vor ein ernstes Gesicht zu machen und an etwas recht Trauriges zu denken. Er bildete sich dann ein Sylvanire könnte krank sein, oder der gnädige Herr würde sie mit den Kindern wieder zurückverlangen. Aber sein gekünstelter Ausdruck, seine kleinen schamheilig niedergeschlagenen Augen, sein „ard cochon, Frau Ebsen“, das er ohne Überzeugung hervorstotterte, ergürten und genierten Sylvanire, die ihn schnell wieder hinaus nach der Schleuse schickte in die frische Luft; denn der Kauf seines Glückes war so egoistisch, wie es jedes große Glück zu sein pflegt. Die kleine Fanny war es, mit der sich die Mutter am liebsten beschäftigte: sie zeigte ihr eine leichte Handarbeit, behielt sie fast immer an ihrer Seite und erzählte ihr unaufhörlich von Eline. „Nicht wahr, Du hast sie sehr lieb gehabt? ... Nicht wahr, Du wollest gerne, daß sie Deine Mama würde?“
„Und mit der Hand ließe über die sammetweichen frischen Wangen des Kindes streichend, fand sie ein wenig die Härlichkeit zu ihrer Tochter wieder. Ein anderes Mal, wenn sie auf die Umgestaltung des Kindes sah, sein großes Umschlachtuch, seine kleine Haube, seine Holzspantoffeln und seine roten und erfrorenen Händchen, fühlte sie jene Traurigkeit, welche uns nur im Angesicht einer moralischen und physischen Herabwürdigung überfällt.“

Bei Maurice war diese Herabwürdigung noch tiefer. Vom zukünftigen Borda-Böbling, wie man ihn felerlich in den Salons der Unterpräfektur genannt, war nichts mehr übrig als die zerfetzte Mütze auf dem Kopfe eines großen tölpelhaften Bauernjungen. Er widmete sich zwar noch immer der Seemannsschule, aber für den Augenblick, durch die Nähe der ersten Kommunikation von seinen Studien befreit, führte er außer den Stunden des Religionsunterrichts ein herrliches Leben, er schlenderte stets am Wasser entlang, welche Beschäftigung nur durch die Streifzüge mit dem jungen Nicolaus aus Port-des-Heils unterbrochen wurde, so oft sich dieser aus der Schule stehlen konnte.

Ach! dieser Nicolaus! ... Er träumte von ihm in der Nacht, der arme Junge, und am Tage erzählte er der kleinen Schwester schauerliche Geschichten von ihm, die dann darüber enträstet wurde und ihn einen Gauner nannte, den den künftigen Offizier.
(Fortsetzung folgt.)

Nürnberg. Die Maifeier verlief außerordentlich erdrückend. Die Versammlung im „Belodrom“ war überfüllt. Die Zahl der Feiernden außerordentlich groß. Viele Bauarbeiter und Holzarbeiter ließen die Arbeit ruhen. Verhältnismäßig wenig Metallarbeiter waren beteiligt. Nachmittags war das Maifest im Leonhardspark massenhaft besucht. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Magdeburg. Glänzender Verlauf der Feier. 3 Versammlungen waren überfüllt, 2000 Arbeiter demonstrieren durch Arbeiterruhe.

Stuttgart. Arbeiterruhe fast allgemein. Am Umgang beteiligten sich ca. 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wannheim. In Mannheim feiern über 4000 Personen. Die Arbeiter der Automobilfabrik Benz feiern vollständig. Die Frühversammlung im Gewerkschaftshaus war überfüllt, daß eine Parallelversammlung veranstaltet wurde. In Hockenheim bei Mannheim feiern 250 Tabakarbeiter von der Groß-Eintauch-Gesellschaft deutscher Konsumvereine. Die Frühversammlung war ebenfalls gut besucht. Im Wahlkreis finden in 18 Orten Abendversammlungen statt, darunter auch eine große Versammlung im „Kofengarten“ in Mannheim.

Karlsruhe. An der Vormittagsversammlung beteiligten sich ca. 400 Personen aus den Organisationen der Bauhandwerker und Metallarbeiter. Am Nachmittag fand ein Auszug statt. Abendfeier in der städtischen Festhalle.

Strasbourg. Die Maifeier verlief in den seit Jahren üblichen Formen. Vormittag gut besuchte Versammlung der feiernden Gewerkschafter und Parteigenossen, nachmittags fand ein Spaziergang statt. Die Abendfeier zeigte äußerst rege Beteiligung.

Mülhausen i. Elz. Vormittags waren zwei Versammlungen von ca. 300 Personen besucht. Mittags marschierten die Maifeiernden in geschlossenem Zuge durch die Stadt in einer Zahl von etwa 2000. Die Abendfeier findet im städtischen Lokal im Zoologischen Garten statt.

Köln. Die Beteiligung an der Maifeier ist allenthalben erheblich stärker als bisher. Die Morgenversammlung war von 2000 Personen besucht, nachmittags war Gartenfest und abends in 10 überfüllten Lokalen die übliche Feier. Die Resolution wurde verbunden mit einem Protest gegen die Wehrvorlage.

Elberfeld. In Elberfeld und Warmen hatte die Maifeier eine sehr starke Beteiligung aufzuweisen. Vormittags fanden in Elberfeld und Warmen zwei überfüllte Versammlungen statt, die vorzüglichen Verlauf nahmen. Nachmittags zogen die Elberfelder und Warmer Genossen in getrennten Zügen nach zwei großen Sommerlokalen der Umgegend, auch hier war die Beteiligung sehr stark. Das gute Wetter begünstigte die Veranstaltungen besonders. Die Abendfeiern bestanden in vier überfüllten Versammlungen.

Düsseldorf. Die Vormittagsversammlung war von 1500 Personen besucht. An der Nachmittagdemonstration nahmen 5000 teil, abends finden 12 Festlichkeiten statt.

Essen. In einem Auszug beteiligten sich 4000, an der Morgenversammlung 5000 Personen. Abends finden 12 Versammlungen statt.

Wünchen-Gladbach. Die Feier verlief besser wie im Vorjahr. Die Bauarbeiter und einige andere Berufe haben stark gefeiert. In Hevdt gleich starke Arbeiterruhe. In beiden Städten finden Abendfeiern statt. In Biersen wird auch nur abends eine Versammlung abgehalten. Im Wahlkreis Neuß-Grovenbroich war die Arbeiterruhe dieses Jahr ebenfalls stärker als sonst. In Neuß und Oberkassel ziemlich starke Beteiligung an Festzügen. Abends finden in vier Lokalen Feiern statt.

Grevelo. Die Vormittagsversammlung war von 400 Personen besucht, nachmittags wurde ein Volksfest und abends vier Versammlungen abgehalten.

Solingen. Die Solinger Arbeiter, die seit der großen Wahlrechtsdemonstration das Recht auf die Straße erkämpft haben, marschierten vormittags in geschlossenem Zuge nach Reichardt, wo der Treffpunkt der Genossen für den oberen Kreis war. Eine Versammlung war sehr stark besucht. Nachmittags fanden neun Riesenspielen für den oberen und unteren Kreis statt.

Göppingen. In einer großen Versammlung unter freiem Himmel demonstrieren die Maifeiernden. Der Festzug zählte 1500 Personen.

Die Wehrvorlagen in der Budgetkommission.

Der Rückzug des Kriegsministers in der Duell-Affäre.

Am Dienstag gab der Kriegsminister v. Heeringen in der Budgetkommission des Reichstages vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung zu seinem Zusammenstoß mit dem Zentrum wegen der Duellfrage. Er habe in der Erregung eine Antwort gegeben, die zu Mißverständnissen führen könne. Das in der Presse kolportierte Wort: „Ein Offizier, der sich nicht duellieren könne, passe nicht mehr in diese Gesellschaftskreise hinein“, sei von ihm nicht gesprochen worden. Er würde sich auch sonst in Widerspruch mit der Kabinettsordre gesetzt haben, die bestimmt, daß eine Duellverweigerung aus religiösen Gründen niemals zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden dürfe. Der Arzt Sambeth habe nicht nur aus religiösen, sondern auch aus anderen Gründen das Duell verweigert, darum sei er aufgefordert worden, seinen Abschied einzureichen in Übereinstimmung mit der Auffassung der ganzen Armee. Der Kriegsminister betrachte es nach wie vor als seine Aufgabe, das Duell zu bekämpfen, aber gewaltlos sei das nicht möglich und werde erit gelingen, wenn der Schug der persönlichen Ehre gesetzlich erhöht worden ist.

Die Kommission beschloß, die ganze Duellangelegenheit besonders zu behandeln, sobald die vom Kriegsminister abgegebene Erklärung schriftlich vorliegt. Die Sozialdemokraten brachten eine Resolution ein, in der der Reichszentraler erucht wird, Schritte gegen das Duellwesen zu tun in der Richtung, daß jeder Offizier oder Militärbesamte, der zum Duell herausfordert, oder eine Herausforderung annimmt, aus dem Heeresverbande entlassen werde.

Weiter brachten die sozialdemokratischen Mitglieder einen Antrag ein, daß die Mannschafslöhne vom 1. Oktober 1912 um 10 Pf. pro Tag erhöht wird.

Zur Beratung der Wehrvorlagen gab der Kriegsminister ein militärisches Situationsbild, wobei er schärf in schwarz malte und den Mangel der Jugendausbildung in Deutschland beklagte. Die Kommission beschloß die Geheimhaltung dieser Darlegungen. Der Minister soll jedoch die Ausführungen, die er glaubt der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können, schriftlich zur Verfügung der Kommissionsmitglieder niederlegen. Generalmajor Wendel ergänzte die Ausführungen des Kriegsministers durch eine Detailschulderung. Auf Verlangen der Kommission sprach der Staatssekretär v. Räderlen über die politische Lage im allgemeinen, welche Ausführungen ebenfalls geheim gehalten werden. In der Debatte regte Abgeordneter Erzberger an, Deutschland solle die Wahrung der Neutralität von Belgien und Holland übernehmen. — Abgeordneter Leder-

bour vertrat die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen die Wehrvorlagen. Wenn der Kriegsminister die mangelnde Ausbildung der Jugend in Deutschland beklage, so sei ihm zuzustimmen, und die Regierung hätte alle Ursache, die Jugendbewegung aller Parteien zu fördern, sofern sie sich die körperliche und geistige Ausbildung der jungen Leute angelegen sein lasse. Gerade der Sozialdemokrat Debel habe seit Jahrzehnten die systematische Körperpflege der Jugend im Reichstage propagiert. Endlich folge ihm jetzt auch die deutsche Heeresverwaltung. Die Sozialdemokratie bekämpfe die neuen Rüstungen und fordere eine vernünftige und friedliche Politik im Verkehr mit anderen Staaten. — Abg. Wasserann trat dem Kriegsminister bei; es sei nicht zu schwarz gemalt worden. — Abg. Gorteln bekämpfte einen Teil der Darlegungen der Regierung und wies darauf hin, daß zur Erhaltung der Wehrfähigkeit und ihrer Förderung die Lebensverhältnisse großer Volksmassen gehoben werden müssen. Die deutsche Politik schaffe uns sehr viele Gegner, die sonst Freunde sein würden. Die russische Gefahr werde von der Regierung sehr überschätzt, schon der inneren Verhältnisse Russlands wegen. — Im weiteren Verlaufe der Debatte wendete sich der Kriegsminister gegen die Wiedereinführung der Glasreserven mit kurzer Dienzeit; es fehle auch vollständig das Menschennmaterial zur Ausbildung der Glasreservisten. — Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt werden.

Die Deckungsfrage in der Kommission.

Am Dienstag wurde in der ersten Sitzung die Generaldiskussion erledigt. Nachdem der Reichschatzsekretär Kühn die Pläne und Wünsche der Regierung mit kurzen Strichen gezeichnet hatte, nahmen die Vertreter der Parteien das Wort, um ihre grundsätzliche Stellung zu den Kernfragen des Problems darzulegen.

Vorsitzender der Konservativen war Abg. Dietrich, und die Juncker dürfen mit diesem Vertreter zufrieden sein, zumal da auch das Zentrum, wie die Ausführungen des Abgeordneten Perold benieken, dem Gesetze, soweit es etwa fest zu packen will, nicht gerade sehr freundlich gegenübersteht. Das kam ja vorige Woche badurch zum Ausdruck, daß die Zentrumspartei alles daran setzte, den Entwurf nicht einer Sonder-, sondern der Budgetkommission zuzuwenden.

Auch der Vize Graf von Bruhrow-Mielzynski hieb in die agrarische Kerbe, und der Nationalliberale Siegfried konnte sein Brennerherz nicht verheugen, so daß sein eigener Fraktionsgenosse Paasche, allerdings mit Glaceehandschuhen zuzufassen, ein wenig Wasser in den Sieglischen Sprit gießen mußte. Für die fortschrittliche Volkspartei ergriff Herr Schweichhardt das Wort; Schweichhardt ist Württemberger und ihm liegt daran, an Vorrechten für Süddeutschland herauszuholen, was sich irgend erzielen läßt. Von den Sozialdemokraten sprachen die Genossen Dr. Südekum und Wurm, die vor allen Dingen — zum Teil auf den Darlegungen der bürgerlichen Vorredner fußend — dagegen ankämpften, daß etwa auf die Konjunktur weitere Lasten abgewälzt würden. Gegen Dietrich, der zur Verteidigung der Spirituszentrale deren Verfahren als „Regelung der Produktion“ zu charakterisieren sucht, polemisierte Wurm sehr glücklich, indem er hinwies; mit demselben Rechte könnte man sagen, die Raubritter hätten zu ihrer Zeit auf den Landstraßen „Produktion und Verkehr geregelt“.

In großzügiger Weise wurden von unsern beiden Genossen auch die wichtigen Fragen des Deklarationszwangs, Durchschnittsbrands, Vergällungszwangs und andere wichtige technische und volkswirtschaftliche Probleme in die Debatte gezogen, von denen in der Spezialdiskussion noch sehr, sehr viel zu reden sein wird.

In der Mittwochssitzung entspann sich zunächst eine längere prinzipielle Auseinandersetzung über einen sozialdemokratischen Antrag, der die Branntweinsteuer auf 105 Mark, die jetzige Höhe der Kontingentsteuer festlegen will. Die Sozialdemokraten sind mit der Aufhebung des Kontingents einverstanden; im Interesse des Konsums aber sind sie nicht für den Steuerfuß von 125 Mk. pro Hektoliter, der heute für den außer Kontingent stehenden Branntwein bezahlt wird, sondern für den jetzt geltenden Kontingentsteuerfuß von 105 Mk. Mit der Vergünstigung für die süddeutschen Referentialstaaten sind die Sozialdemokraten einverstanden. Demzufolge sollen die süddeutschen Branntweinen 7 1/2 Mark weniger Steuern zahlen, als bisher innerhalb des Kontingents zu entrichten waren.

Im weiteren aber beantragten die Sozialdemokraten: die Einführung der Erbschaftsteuer. Genosse Wurm gibt hierzu folgende Erklärung ab:

„Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzige Heeres- und Flottenvorlage, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftsteuer, zu stimmen. Zu dieser Erklärung bin ich durch meine Fraktion ermächtigt.“

Konservative, Polen, Nationalliberale und Zentrum beantragten, den aus der Betriebsvorlage angesammelten Fonds zur Propagierung und Verbilligung des technischen Spiritus um jährlich 16 Millionen zu verstärken, welche Summe aus der Verbrauchsabgabe zu entnehmen sei. Die Antragsteller machen von der Annahme dieses Antrages ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig.

Das Ergebnis der Beratung war die Ablehnung des Antrages der Sozialdemokraten, die Annahme des konservativen Antrages betreffend die 16 Millionen für den technischen Spiritus. In beiden Fällen geschah die Annahme bezw. Ablehnung mit 15 gegen 13 Stimmen. Die Beratung der §§ 2 und 3, die die Hauptbestimmungen für Süddeutschland enthalten, wurde noch nicht zu Ende geführt.

Es liegt zum süddeutschen Referat eine Reihe von Anträgen vor, die auf eine Erweiterung der Spannung bis zu 12 Mk. gehen.

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder brachten am Mittwoch zur Beratung der Wehrvorlagen folgende Anträge ein: 1. Während der Dauer der Dienzeit im stehenden Heere sind Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie die ersten zwei alle übrigen Mannschaften das erste Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet; 2. keinem Angehörigen des Heeres darf aus jeiner religiösen und politischen Überzeugung ein Nachteil erwachsen. — Bei der Weiterberatung bemängelten konservative Redner, daß die Regierung nicht mehr gefordert hat. Der Abg. Eramer forderte die Bildung von acht Kavalleriedivisionen, die Kosten kämen nicht in Betracht. In längeren vertraulichen Darlegungen lehnte der Kriegsminister die Bildung von Friedensdivisionen der Kavallerie ab, wie er betonte, in Übereinstimmung mit allen maßgebenden Stellen im Heere. Abg. Erzberger tritt für die Vorlage deshalb vornehmlich ein, weil Deutschland in Zukunft vor einem Kriege gegen drei Fronten — Rußland, Frankreich, England einschließlich Belgien und Holland — stehen werde. Abgeordneter Ledebour äußerte sich eingehend zur Frage der Neutralität von Holland und Belgien und fordert eine deutsche Friedenspolitik, die die Möglichkeit kriegerischer Vermittlungen vermindert. Vor allen Dingen müsse eine Ver-

ständigung mit England angestrebt werden. Abg. Gradnauer bekämpft die Behauptungen, daß der Masse des deutschen Volkes sei Stimmung für die Rüstungen vorhanden. Gerade die Arbeiter sind von solchen Stimmungen frei, sie haben ganz andere Interessen zu vertreten, als Rüstungspolitik zu betreiben. Die Rede des Kanzlers im vorigen Jahre über internationale Verständigung der Nationen hat bei anderen Völkern das schon vorhandene Mißtrauen gegen Deutschland wesentlich erhöht, besonders bei den kleinen europäischen Staaten. Wenn Deutschland in Wahrheit durch unsere fehlerhafte auswärtige Politik isoliert worden ist, so muß auf eine Umkehr gedrungen werden, sonst jagt eine Militärvorlage die andere. Außerdem fordern wir Verkürzung der Dienstzeit und Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs. Die Behauptungen der Regierung, daß die Präsenzstärke des Heeres nicht in dem gleichen Maße wie die Bevölkerung gemachsen, sei total falsch. Bei einer Bevölkerung von 45,2 Millionen im Jahre 1880 standen 499 705 = 0,958 Proz. der Bevölkerung unter Waffen, im Jahre 1910 dagegen von 64,9 Millionen Einwohnern 679 857 = 1,04 Proz.

Der Kriegsminister wendete sich sehr lebhaft gegen diese Anregungen, besonders gegen die Herabsetzung der Dienstzeit. Ein Militärsystem sei eine Unmöglichkeit bei der gegenwärtigen Situation. Lebhaft kritisiert wurde es, daß die Regierung sich auch bei den vertraulichen Besprechungen über die internationale Lage so zugunsten verhält, daß die Kommission sich unmöglich ein Bild davon machen kann. Staatssekretär v. Räderlen lehnte ausdrücklich eine genaue Darlegung ab, auch über Verhandlungen mit England will er sich nicht äußern. Abg. Leuschke weist auf die fundamentalen Unterschiede zwischen stehendem Heere und Militärsystem hin und betont die Zweckmäßigkeit des letzteren Systems für die Landesverteidigung. Der Redner kritisierte die meistens unangebrachte Geheimnisträmerie der Regierung, die sich auf Dinge erstreckt, die jedem bekannt sind, der die einschlägige Literatur verfolgt. Es soll eben nur nach außen der Anschein erweckt werden, als ob der Kommission schwerwiegende Staatsgeheimnisse verraten worden seien, die die Wehrvorlagen begründen. Gegen diese Methode müsse energig protestiert werden. Im Plenum habe die Regierung auf die Kommission vertraut und nun biete sie dieser nichts. — Die Beratung wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

Aus der Partei.

Eine Aktiengründung der Sozialdemokratischen Partei. Unter diesem Titel geht durch die bürgerliche Presse eine Nachricht, die begreiflicherweise auch das Interesse der Parteigenossen erweckt. Die Mitteilung an die Parteipresse war erst nach der dieler Tage erfolgenden Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister beabsichtigt. Nachdem aber aus dem Bericht der handelsgerichtlichen Revisoren die bürgerliche Presse schon jetzt Kenntnis erhalten hat, wollen wir auch die Parteipresse unterrichten. Am 2. April hat sich nämlich in Berlin durch notariellen Akt die „Aktiengesellschaft Lindenhaus“ mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet zum Zwecke des Erwerbs von Grundstücken. Diese Gründung wurde durch folgende Umstände veranlaßt: Vor jetzt 10 Jahren haben die Berliner Parteigenossen bekanntlich ihr eigenes Druckereigebäude „Vorwärts“ Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.“ gegründet. Das Geschäft hat in diesen 10 Jahren einen so erfreulichen Aufschwung genommen, daß die dafür zur Verfügung stehenden Räume seit langem nicht mehr ausreichten. Der Gedanke an Erwerb eines eigenen Grundstücks und Errichtung eines entsprechenden Druckereigebäudes lag daher nahe. Die bestehenden Gesetze lassen es aber nicht zweckmäßig erscheinen, daß die jetzt bestehende offene Handelsgesellschaft Paul Singer u. Co. auch das Grundstück erwirbt; sobald nämlich, sei es durch Tod, Krankheit oder andere Umstände, einer der jetzigen Teilhaber der Gesellschaft ausscheidet und ein anderer an seine Stelle tritt, müssen jemeiten Zumachsteuer, Grundstücksstempel und dergleichen neu entrichtet werden. Um diese unangenehm, in die Zukunft gehenden Ausgaben zu ersparen, ist die Form der Aktien-Gesellschaft gewählt worden, deren unpersonliche Anteilnahme nicht in dem Besitz der jeweiligen Inhaber bleiben. Selbstverständlich haben dieselben Genossen, denen die Berliner Parteigenossen leinerzeit, sei es als Inhaber, sei es als Aufsichtsrat in Form der Reinerkommission, das Druckerei- und Verlagsgeschäft anvertraut hatten, nunmehr bei der Aktiengründung die vom Gesetz vorgeschriebenen Funktionen als Gründer, Vorstehender und Aufsichtsrat übernommen. Für den event. Erwerb von Grundstücken für die Zwecke eines Druckerei-Gebäudes sind dieser Aktien-Gesellschaft die Grundstücke Lindenstr. 2 und 3 zum Kauf angeboten worden. Den Bestimmungen des Gesetzes entsprechend wurden vom Handelsgericht zur Prüfung der Grundlagen der Aktien-Gesellschaft und ihrer Statuten 2 Revisoren ernannt, die jetzt ihren Bericht an das Handelsgericht erstattet haben, aus dem die bürgerliche Presse ihre Auszüge bringt. Die Revisoren haben ihr Amt sehr gewissenhaft ausgeübt; sie haben sich nicht, wie es sonst üblich ist, mit der Tatsache begnügt, daß 25 Proz. des Aktienkapitals bei der Gründung beim Notar bar eingezahlt wurden, sondern sie wollten noch ferner wissen, wieso die Gründer der Gesellschaft, deren soziale Stellung solche Reichthümer nicht vermuten ließ, zu so viel Geld gekommen seien. Und da erhielten sie von den Inhabern der „Vorwärts“-Buchdruckerei die wahrheitsgemäße Auskunft, daß die zur Gründung der Aktien-Gesellschaft notwendige 1 Million Mark aus den Mitteln der „Vorwärts“-Buchdruckerei zur Verfügung gestellt werden und ebenso die über diesen Betrag hinausgehenden zur Übernahme der Grundstücke Lindenstraße 2 und 3 erforderlichen Mittel. Wenn es in der bürgerlichen Presse heißt, daß den Revisoren Auskünfte verweigert worden seien, so stimmt das nicht. Ganz im Gegenteil wurde den Revisoren jede Auskunft erteilt, die sie verlangten, auch solche, bei denen es zweifelhaft sein konnte, ob eine Antwort erteilung gesetzlich verlangt werden konnte. Bei der Frage des Erwerbs von Grundstücken war selbstverständlich die Ansicht ausschlaggebend, daß man sich nicht begnügen könne, nur die Bedürfnisse der „Vorwärts“-Buchdruckerei, Redaktion, Expedition und Buchhandlung zu befriedigen, sondern daß im Laufe der nächsten Jahre an die Berliner Parteigenossenschaft zweifellos Aufgaben herantreten, zu deren Erfüllung geeignete Räume in genügendem Umfange und zu jeder Zeit ungehindert zur Verfügung stehen müssen. Und diesen Zweck zu erfüllen, das wird eben Aufgabe der Aktien-Gesellschaft sein. Daß dabei auch eine große finanzielle Verantwortung übernommen werden muß, ist ganz selbstverständlich, dürfte aber bei der Entwicklung der Partei und des Geschäfts keinen Anlaß zur Besorgnis geben.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der städtischen Arbeiter in Lüttich. Die städtischen Arbeiter Lüttich haben am Sonntag ihre Kündigungen eingereicht. Den Betriebsleitern war es bis jetzt freigestellt, nach ihrem Ermessen einzelnen Arbeitern Lohnzulagen zu machen, das Gros der Arbeiter hatte das Nachsehen. Um diesem Zustande ein Ende zu machen, haben die Gewerkschaften

und Arbeiter der städtischen Betriebe sich geeinigt, ihre dem Magistrat zu stellenden Forderungen in Form einer allgemeinen Arbeitsordnung einzureichen, um in die jetzt reichlich verfügbare Ordnung hineinzubringen. Auf diese im Herbst vorigen Jahres eingereichten Forderungen hatte der Magistrat bis jetzt noch nicht geantwortet. Würde den Verwaltungen daran liegen, die ungerechten Lohnfestsetzungen zu beseitigen, dann müßten sie die vorgeschlagene Lohnordnung bewilligen. Als Ursache für die Arbeitsniederlegungen gelten auch die fortgesetzten Maßregelungen organisierter Arbeiter. Am dem Einhalt zu gebieten, hat die Leitung der Organisation die Zustimmung zur Niederlegung der Arbeit gegeben. Ein weiteres Warten wäre gleichbedeutend mit einer Zertrümmerung der guten Organisation gewesen. Es wird deshalb gebeten, den Zuzug von Handwerkern und Arbeitern nach den städtischen Betrieben streng fernzuhalten, wobei besonders darauf hingewiesen sei, daß das städtische Arbeitsamt auch als Arbeitsvermittler für die städtischen Betriebe fungiert und deswegen Arbeitsangebote dieses Amtes nicht anzunehmen sind.

Noch ein gewerkschaftlicher Kartellvertrag. Zu den Kartellverträgen, die in den letzten Monaten zwischen dem Bauarbeiterverband und mehreren anderen Gewerkschaftsorganisationen abgeschlossen worden sind, ist nun noch ein zwischen dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter abgeschlossener hinzugekommen. Die Zahl der Bauarbeiter, die im Spätherbst und Winter in landwirtschaftlichen Betrieben und beim Holzfällen im Walde arbeiten, ist in manchen Gebieten Deutschlands sehr groß. Daher kann der Kartellvertrag, wenn er allseitig beachtet wird, sehr wesentlich zur Stärkung der noch jungen und viel verfolgten Organisation der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter beitragen. Die allgemeinen Bestimmungen dieses Vertrages sind mit denen in den früher abgeschlossenen Verträgen fast gleichlautend. Darüber hinaus enthält aber der Vertrag auch noch Bestimmungen, die auf die besonderen Verhältnisse im Berufe der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und ferner auf die großen Unterschiede zugeschnitten sind, die zwischen den beiden vertragsschließenden Organisationen in bezug auf die Höhe der Beiträge und die Art und Höhe der statutarischen Unterstufungen bestehen. Da nämlich im Bauarbeiterverband viel höhere Beiträge erhoben werden als im Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter, so haben sich Mitglieder, die jahrelang im Bauarbeiterverband organisiert waren, in diesem Verband Rechte erworben, für die ihnen der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter bei ihrem vorübergehenden Übertritt keinen oder doch keinen vollen Ersatz gewähren kann. Damit nun jenen Mitgliedern, die infolge ihres Berufswechsels im Winter in den Landarbeiterverband übertritten, ihre Rechte nicht verloren gehen oder verkürzt werden, gewährleistet ihnen der Bauarbeiterverband auch für die Zeit, in der sie dem Verband der Landarbeiter angehören, alle im Bauarbeiterverband erworbenen Rechte, soweit ihnen diese Rechte nach dem Statut des Landarbeiterverbandes nicht von diesem gewährt werden müssen. Voraussetzung für diese Leistung ist, daß das Mitglied im Bauarbeiterverband seine Beiträge bis zum Beginn der beitragsfreien Zeit (Ende November) voll bezahlt hat. Im übrigen unterliegen die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, in den Monaten Dezember, Januar und Februar der vollständigen Direktion des Landarbeiterverbandes. Sie haben alle von diesem Verband fortgesetzten Pflichten zu erfüllen und Anspruch auf alle seine statutarischen Rechte. Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, die frühestens am 15. Oktober eine Beschäftigung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben aufnehmen, und diese spätestens am 15. März aufgeben, sollen vor dem 1. Dezember nicht zum Übertritt in den Verband der Landarbeiter angehalten werden und haben das Recht, mit dem 1. März in den Deutschen Bauarbeiterverband wieder überzutreten. Damit Bauarbeiter, die die Absicht haben, im Winter Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft anzunehmen, über die Verhältnisse in diesem Beruf und über die Maßnahmen der zuständigen Organisation stets informiert sind, sollen sie, wenn irgend möglich, auch im Sommer die Versammlungen des Verbandes der Landarbeiter besuchen. Damit soll gleichzeitig die Möglichkeit zu einem gemeinsamen

Vorgehen bei Lohnbewegungen usw. ermöglicht werden. — Es wird nun Aufgabe der Zweigvereine und der Zahlstellen der beiden vertragsschließenden Organisationen sein, dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen des Kartellvertrages in vollem Umfange gehalten werden, damit der mit dem Kartellvertrage verfolgte Zweck auch erreicht wird.

Wieder ein schweres Schiffsunglück.

Nach einer Meldung aus Smyrna ist Dienstag nachmittag der Handelsdampfer „Texas“, 900 Tonnen groß, mit 111 Passagieren an Bord, der nach Saloniki auslief, sogleich nach der Ausfahrt gegenüber dem hiesigen Seefort auf eine Mine aufgefahren und gesunken. Die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen beträgt 69, die der Geretteten 67.

Die Ursache der hier in Frage kommenden Gesellschaft verhehle ausschließlich den Dienst zwischen dem Archipel und der Küste Kleasiens. Da sich infolge des Krieges augenblicklich nur wenige Europäer in der dortigen Gegend aufhalten, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Passagiere der „Texas“ fast nur aus Türken und Eingeborenen der Kleinasiatischen Küstenstädte bestanden haben. Einer anderen Lesart zufolge soll sich das Schiff auf dem Wege nach Saloniki befunden haben. Auf der Pariser türkischen Botschaft ist eine Bestätigung von dem Untergang der „Texas“ noch nicht eingelaufen, doch hat der Botschafter Riffat Pascha angegeben, daß der Hafen von Smyrna durch eine Kette von Unterseeminen geschützt ist. Die „Texas“ ist ein altes Schiff, das im Jahre 1880 in Newcastle auf der Werft von Schellinger, Davis u. Co. erbaut wurde. Das Schiff hatte einen Wasserverdrang von 480 Tonnen, war 52 Meter lang und 7,96 Meter breit. Der Kapitän des Schiffes war ein Levantiner namens Macris. Die „Texas“ hatte bereits eine bewegte Vergangenheit hinter sich und gehörte schon verschiedenen Gesellschaften. Zuerst trug sie den Namen „Olympia“, dann fuhr sie als „Marquessa“ für eine spanische Gesellschaft. Zur Zeit der Katastrophe führte sie aber, wie mit Sicherheit feststeht, die türkische Flagge. In Pariser maßgebenden Kreisen befürchtet man, daß sich ein ähnlicher Vorfall in den nächsten Tagen auch am Eingang der Dardanellen ereignen könnte, da sich durch die Stürme in den letzten Tagen zahlreiche Minen von ihrer Verankerung losgerissen haben und in das offene Meer hinausgetrieben worden sind.

Aus Nah und Fern.

Großfeuer in einem Warenhaus. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Magdeburger Feuerwehr durch die Meldung: „Großfeuer!“ alarmiert. In dem benachbarten Dorf Altenweddingen war in dem großen Warenhaus der Gebrüder Kaersten Feuer ausgebrochen, das sehr bald das ganze Gebäude ergriffen hatte. Außer der Magdeburger Feuerwehr eilten auch die Wehren der benachbarten Dörfer zur Hilfe herbei. Als die Magdeburger Feuerwehr auf dem Brandplatz eintraf, stand das große Warenhaus bereits in hellen Flammen. Die in dem Gebäude wohnenden Personen, ein Wächter, dessen Familie und ein zweiter Angestellter des Warenhauses hatten nur mit knapper Not sich aus ihren brennenden Wohnungen retten können. Die Feuerwehren begannen sofort mit der Löscharbeit. Beim Auspritzen eines der großen Schaufenster ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Etwa zehn Feuerwehrleute fanden in unmittelbarer Nähe des ausgebrannten Schau-

fensters und hielten die schweren Schläuche, die durch das ausgebrannte Schaufenster die Wassermassen in das Innere der Ladenräume schleuderten. Wühlisch stürzte das schwere Steingefäß, das nach oben das Fenster abschloß, in sich zusammen und begrub acht Feuerwehrleute unter sich. Nach vieler Mühe gelang es, die Verschütteten aus den Steintrümmern zu befreien. Zwei von ihnen waren tot. Es sind dies der Magdeburger Feuerwehrmann Hamann und ein Angehöriger der Altenweddingener Feuerwehr. Der Schmiedemeister Wshlbier aus dem benachbarten Langenweddingen war schwer verletzt. Er starb wenige Minuten später. Ebenfalls schwer verletzt wurde der Gutsbesitzer Wilmcke aus Langenweddingen; ihm sind beide Beine durch die schweren Steinmassen zerschmettert worden. Er wurde bewußtlos ins Krankenhaus gebracht. Die anderen fünf Verschütteten haben sämtlich sehr schwere Verwundungen davongetragen. Es ist jedoch Hoffnung vorhanden, sie am Leben zu erhalten. Trotz der vereinten Bemühungen von sechs Feuerwehren gelang es bis jetzt nicht, das Feuer zu löschen. Das Gebäude des Warenhauses steht immer noch in Flammen. Die Feuerwehr muß sich darauf beschränken, die benachbarten Häuser vor einem Überspringen des Feuers zu schützen. Über die Ursachen des Feuers ist noch nichts bekannt.

Zum Untergang des Dampfers „Titanic“. Der Kabeldampfer „Mac Kay Bennett“ ist mit 190 Leichen von der „Titanic“ in Halifax angekommen. Bei der Ankunft des Dampfers läuteten die Kirchenglocken und die Flaggen waren halbmast gesetzt. Da nicht genügend Särge vorhanden waren, mußten über 70 Tote, darunter auch Mütter, in schlichten Kisten auf dem Achterdeck untergebracht werden. 116 andere Tote waren infolge vorgeschrittener Verwesung und auch wegen Raummangels in die See verwerft worden. Die Überführung der Toten in das Schauhaus nahm vier Stunden in Anspruch. Die Mannschaft von der „Titanic“ ist Montag abend von dem Senatkomitee entlassen worden.

Explosion in einer japanischen Kohlengrube. Infolge einer Explosion, die in der Jubari-Kohlengrube der Hokkaido-Gesellschaft auf der Insel Jesso stattgefunden hat, wurden die an der Schachtöffnung gelegenen Gebäude zerstört. Das Schichtal der unter der Erde befindlichen 270 Arbeiter ist unbekannt. Bisher sind 30 Tote geborgen. Die Ventilatoren sind wieder hergestellt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein mildes Kriegsgerichtsurteil. Auf dem Exerzierplatz in Regensburg nahm am 8. März der Unteroffizier Barzefall vom 11. Infanterie-Regiment drei Soldaten, die ihm den Paradeplatz nicht schön genug gemacht hatten auf die Seite und drückte sie durch Gewehrstrecken, Antrieben und Lauffschrittmachen derart, daß der Infanterist, Kabelespock bewußtlos zusammenbrach und sofort in das Lazarett geschafft werden mußte. Nach der Aussage des Oberstabsarztes konnte der Mann nur durch künstliche Atmung am Leben erhalten werden. Es sei sicher, daß der als gesunder und kräftig gebauter Mensch zum Militär gekommene Soldat noch ein bis zwei Jahre an einer merklichen Herzschwäche zu leiden haben werde und demnach als dienstuntauglich entlassen werden müsse. Das Kriegsgericht, das gegen den Soldatenquäler zu verhandeln hatte, verurteilte ihn zu der gelindesten Strafe von 45 Tagen Gefängnis wegen „vorschriftswidriger Behandlung mit schlimmen Folgen“.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Wener u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Komitee- und Kommissionssitzungen

V. u. A.
Freitag, den 3. Mai, abds. 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, II. Saal. 31

Jugendausflug.
Freitag abend 7 1/2 Uhr präzis im Gewerkschaftshaus. 33

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Fittale Lübeck.

Todes-Anzeige.
Hierdurch zur Kenntnis, daß unser Kollege
Wilhelm Dühring
am 29. April im Alter von 25 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 8 Uhr auf dem Bornwerker Friedhof statt.
Treffpunkt der Kollegen: „Weißer Strich“.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsleitung.

Dankagung.
Allen denen, die unserer lieben kleinen unvergesslichen Anni die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sagen hiermit unsern besten Dank.
Johs. Törper und Frau,
geb. Bröter, und Kinder.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspende bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter Alwine sagen wir unsern herzlichsten Dank, besonders Herrn Pastor Carstensen und dem Herrn Lehrer und den Kindern der Molsinger Schule.
H. Herzog und E.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zu unserer Hochzeit dankt herab.
H. Koch u. Frau, geb. Jürs.

Durch Zurall, neue, moderne, **Schlafzimmer-Einrichtung** zu verkaufen. Preis 180 Mark.
14 Fleischhauerstraße 79. part.

Ein freundl. **Logis** nach vorne zu verm. 7 Warendorferstr. 70. I.

Zwei-Zimmer-Wohnung. Mitte der Stadt, zu vermieten. 6 Näheres bei **E. J. Schlomer jr.,** Breite Straße 85-87.

Gelucht ein Kaufbursche für den ganzen Tag.
Carl Straubing
Molsinger Allee 10.

Magnum bonum- u. Eierpflanzkartoffeln zu verkaufen. Nach 7 Uhr abends. 21 Friedenstr. 56. I.

16 **Gössel** zu verkaufen. Schönkampstr. 19.

Verloren am Freitag ein dunkles **Damen-Portemonnaie.** Abzugeben gegen hohe Belohnung
17 Gertrudenstraße 1a. II.

Verloren auf dem Festplatz in Israelsdorf von einem Mädchen ein **Portemonnaie** mit circa 6 Mk. u. einem 1/4 Loos der preußischen Lotterie Nr. 82 518. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe im Parteisekretariat gegen Belohnung abzugeben.

Ein kleines Mädchen ist in gute Pflege oder mit kleiner Vergütung als eigen abzugeben. Näheres 22 **Frau Dau,** Hebamme, Belkerstr. 7.

Spezialitäten d. Firma **Ludw. Wiegels, Fischergroße 57**
Bungescher Speiseessig, Kons. Honigessig, la. Flomheringe, la. Anchovis, la. weinsaurer Salzgurken, la. Magdeburger Sauerkohl
la. Rollmops.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers Kohlm. Markt 4 10**
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Freifeurjacken, Watermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. **Note Lubecam.**

Pflanz- u. Speisekartoffeln
Magnum bonum, gelbe lange, französische und Rosenkartoffeln.
Sämtliche Sämereien.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26. Tel. 1440.

Möbel werden poliert
12 **Polierwerkstatt**
Fr. Bonau, Dankwartsgrube 30

Kohlenplatzarbeiter und Kohlenkutscher!

Versammlung am Freitag, 3. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tagesordnung:
Jüngere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Für Herren:
Schnürstiefel, Box . 7.90 bis 10.00 Mk., echt Boxcalf 10.75 Mk., echt Boxcalf ff. 12.00 Mk.
Frankonia Rahmenarbeit 14.75 Mk.
Zug- und Schnallenstiefel Box von 8.50 9.25 10.75 11.50 b. 13.50



Für Damen:
Schnürstiefel und -Schuhe in Boxcalf und Chevreau, auch braun, von 4.75 bis 13.50 Mk.

Für Knaben u. Mädchen:
Schnürstiefel, Rindbox u. Boxcalf, auch in braun
Größe 36-39 6.00 7.50 b. 8.50 Mk.
Größe 31-35 4.75 5.25 b. 7.25 Mk.
Größe 27-30 3.75 4.25 b. 5.50 Mk.

Für Kinder:
Schnürstiefel, auch in braun, Größe 28-26 3.75 Mk. Größe 22-24 3.00 Mk.
Sämtliche Knaben- u. Kinderstiefel in Roß- u. Rindl. zu billig. Preisen.
Arbeits- Schnür-, Schnallen- und Zugstiefel vorrätig.

Heinrich Beckmann
26 Reiferstraße 3.
Rabattmarken. Reparaturwerkstatt.

Kalnbergs
Universum.
Variété und Kabarett.
Heute 8 1/4 Uhr:
Vollständig neues Programm.
Neue Künstler.
5 Damen, 4 Herren.
Sensationell!
Das geheimnisvolle Kabinett.
(Entrée: 20 Pf.)

Garantiert rein **Deutsche Honigarten**
in Zusammenstellung mit
::: Raffinade. :::
Marke **„DEHAZET“**
erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

Arbeiter-Abstinenzbund
Mitglieder-Versammlung am Freitag, 3. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Freunde unserer Sache sind willkommen.
Der Vorstand.

HANSA THEATER
Tel. 610. Dir. Reith. Gollbach. Tel. 610
Freitag, den 3. Mai: 29
Sensationeller
Entscheidungs-Kampf.
Mamutow gegen Regim (Fußball) (Lübeck)
Vorher ringen:
A. Sturm gegen L. Gambier (Weltmeister) (Champion v. Franckr.)
Hissmann gegen van Andree (Welterr. v. Welt.) (Champion v. Poff.)
Vorher das Variété-Programm.
Anfang 8 1/4 Uhr.

Preiswertes Mai-Angebot!

Bei großer Auswahl gute und dauerhafte Waren zu vorteilhaft billigen Preisen.

<h3>Damenwäsche</h3> <p>Ein großer Posten, in 5 Serien eingeteilt, zu Extrapreisen:</p> <p>Hemden, Bekleider, Nachtlacken, Untertailen, Nachthemden</p> <table border="1"> <tr> <th>Serie I</th> <th>II</th> <th>III</th> <th>IV</th> <th>V</th> </tr> <tr> <td>95^h</td> <td>1²⁵</td> <td>1⁹⁵</td> <td>2⁹⁵</td> <td>3²⁵</td> </tr> </table> <p>Weißer Stickerei-Unterröcke 3.95 2.40 1.95</p> <p>Sommer-Waschunterröcke 3²⁵ 2⁴⁵ 1⁹⁵ 1⁵⁵ 95^h</p>	Serie I	II	III	IV	V	95 ^h	1 ²⁵	1 ⁹⁵	2 ⁹⁵	3 ²⁵	<h3>Schürzen</h3> <p>Mieder-Schürzen mit Trägern . . . 95^h</p> <p>Blusen-Schürzen aus guten Stoffen, hübsch besetzt . . . 1.35 95^h</p> <p>Kleider-Schürzen . . . 1.25</p> <p>Blusen-Schürzen, hübsche kleidsame Fassons . . . 1.95 1.75</p> <p>Kleider-Empire-Schürzen, jetzt beliebteste Form, in unübertroffener Auswahl . . . 3.50 2.95 2.45</p> <p>Weißer Blusen-Schürzen . . . 1.85 1.35</p> <p>Weißer Haus- und Träger-Schürzen 1.50 95^h</p> <p>Weißer Servier-Schürzen mit Trägern 1.35 95^h</p>	<h3>Korsetts</h3> <p>Spiral-Korsett, grau Drell . . . 1.35 95^h</p> <p>Frack-Korsett mit Haltern . . . 1.75 95^h</p> <p>Mieder-Frack-Korsett mit Fischbeinstäben . . . 2.45</p> <p>Korsett „Elegant“, langhüftig, hervorragend guter Sitz, einfarbig und hübsche Jacquardmuster m. Haltern 3⁹⁵</p> <p>Directoire-Korsett, lange Form mit Strumpfhältern . . . 7.50 5.50 4.90</p> <p>Untertailen mit Stickerei u. Banddurchzug . . . 1.75 1.25 95 78 65^h</p>	<h3>Strümpfe</h3> <p>in Riesen-Auswahl.</p> <p>Damen-Strümpfe, engl. lang . 65 38 28^h</p> <p>Damen-Strümpfe, schwarz u. lederfarbig . . . 95 75^h</p> <p>Kaschmir- u. Flor-Strümpfe . . 1.75 1.35</p> <p>Seiden-Florstrümpfe, feinfarbig, Paar 95^h</p> <p>Unter Preis: Damen-Ringelstrümpfe in braun und grau . . . Paar nur 48^h</p> <p>Herren-Socken, grau, Paar 65 45 38 28^h</p> <p>Herren-Schweißsocken Paar von 15^h an</p> <p>Herren-Socken, feine Farben, für Halbschuhe . . . Paar 75 65^h</p> <p>Ein Posten Kinder-Söckchen unter Preis.</p>
Serie I	II	III	IV	V									
95 ^h	1 ²⁵	1 ⁹⁵	2 ⁹⁵	3 ²⁵									
<h3>Handschuhe</h3> <p>Damen-Zwirn-Handschuhe, 2 Knöpfe, in hübschen Straßenfarben . 65^h 48^h</p> <p>Damen-Zwirn-Handschuhe, durchbrochen oder Brokat . 95^h 78^h</p> <p>„Hahnenmarke“, Garantie-Handschuh, das beste in Haltbarkeit u. Sitz Paar 95^h</p> <p>Herren-Sommerhandschuhe 1.25 95 68^h</p> <h3>Glacé-Handschuhe</h3> <p>für Herren u. Damen, in bekannten soliden und preiswerten Qualitäten, in schönen, aparten Farben 2.95 2.25 1.80 1.35 95^h</p>	<h3>Kleiderstoffe</h3> <p>Bordüren-Mussellin . . . 48^h 35^h 25^h</p> <p>Zephir, hübsche Streifen, auch mit Bordüren für Hemdblusen . 95^h 58^h 38^h</p> <p>Tennis-Stoffe, hübsche Streifen, nur waschechte Qualitäten . . . 1.10 85^h 65^h</p> <p>Weißer Battiste und Tupfen-Mulle 1.20 95^h 78^h</p> <p>Stickerei-Stoffe, 120 cm breit, Schweizer Fabrikat . . . 3.50 2.40</p> <p>8000 Meter Haus-Kleiderstoffe, hübsche Gingham und unsere Spezialmarke, licht und waschecht, neue Farben und Muster . . . 95^h 78^h 65^h</p>	<h3>Servierkleider</h3> <p>Kleid „Anna“ aus gestr. Kretonne mit Besatz . . . 3⁹⁰</p> <p>Kleid „Auguste“, rosa oder hellblau Kretonne, Bluse und Rock besetzt 4⁷⁵</p> <p>Kleid „Minna“, halstreu, aus hübschen hellen Stoffen . . . 5²⁵</p> <p>Kleid „Emma“ aus dunkel gepunkt. Satin, solides Hauskleid . . . 6⁸⁰</p> <p>Mädchen-Hauben Dutzd. 75^h, Stück 7^h</p> <p>Servier-Hauben u. -Schleifen 45^h 38^h</p>	<h3>Gardinen</h3> <p>bestes, bewährtes Fabrikat.</p> <p>Engl. Tüll-Gardinen, besonders geschmackvolle Muster, in den Preislagen 1.15 95^h 78^h 65^h</p> <p>Billigere Gardinen . Mtr. 58^h 35^h 28^h</p> <p>Abgepaßte Fenster, elfenbein und weiß . . . 8.50 7.25 5.50 4⁹⁰</p> <p>Zug-Rouleaus mit neuester Bändchenstepperei . . Fenster 4.80 3.50 2.95 2²⁰</p> <p>Rouleausstoffe in allen gangbaren Breiten, weiß, creme, gold . . 1.35 95^h 75^h 60^h</p>										

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Markmann & Meyer

Breite Straße 44-46.

Bei jedem Einkauf rote Lubeca-Marken.

Breite Straße 44-46.

Blane Ck. u. Pflanzkartoffeln, einpänniger Bauwagen und ein Sportwagen zu verkaufen. Josephinenstraße 2.

Da ich als Hebamme nach Schwartau verlegt werde, muß ich mein Zweifamilienhaus sof. verk. Seereß. 8 Ww. Mau.

Neues Stadttheater.

Freitag, 3. Mai. Abends 8 Uhr. Voll-Abonn. 190. Freitag-Abonn. 81. Gewöhnliche Schauspielpreise. Einmal. Gastsp. d. Charakter-Komikers **Carl William Bühler.** Wenn Frauen schweigen. Lustspiel von Wilhelm Lotterz. Geh. Kommerzienrat Gied. C. W. Bühler a. Gast.

Sonabend, 4. Mai. 7 1/2 Uhr. Voll-Ab. 191. Außer Sonnab.-Ab. Letzte vollst. Vorst. Kleine Preise. Abschieds-Vorst. für **Sofie Betke.**

Die Jungfrau von Orleans. Romant. Tragödie v. Fr. v. Schiller.

Festspiele am 7., 9., 11. und 18. Mai 1912. Eintrittskarten täglich an der Theaterkasse erhältlich. 18

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

heute, Donnerstag, den 2. Mai 1912 abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung: Innere Verbandsangelegenheit. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

Montag	Knorr-Kartoffelsuppe
Dienstag	„ Eiersternlesuppe
Mittwoch	Knorr-Frühlingsuppe
Donnerstag	„ Weibertreusuppe
Freitag	Knorr-Königinuppe
Sonabend	„ Pilzsuppe
Sonntag	Knorr-Grüntersuppe

Jeden Tag eine andere Suppe mit **Knorr Suppenwürfel** jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe nur mit **Knorr Suppenwürfel.**

Krieg dem Kriege!

So lautet der Kampfruf, den die berühmte Romanschriftstellerin und Vorkämpferin des Friedensgedankens **Bertha von Suttner** nachvoll erdnen läßt. Ihr Buch:

Die Waffen nieder!

zugleich ein fesselnder, umfangreicher Lebensroman voll atemloser Spannung, wirkt auf die ganze zivilisierte Welt, wie selten ein Schriftwerk; es wurde binnen kurzem in Hunderttausenden von Exemplaren verschlungen und mit Recht füglich als **Kulturakt ersten Ranges** durch den Vobelpreis des Friedens ausgezeichnet. — Noch nie sind so schonungslos

Die Verbrechen des Militarismus an den Pranger

gestellt, noch nie so passend und naturgetreu die Opfer und Verheerungen moderner Kriegführung geschildert, noch nirgend in so grandiosem Stil so klar und realistisch die einzelnen Phasen der Schlacht, die erschütterlichen Folgen des „Krieges“ genannten Massenmordes für die Menschheit, die Gemütsverregung, Familienleid, Schmerz und Elend, finanzieller Ruin ganzer Generationen u. v. ingemalt worden, wie in diesem Buch einer Frau, die darin dem tiefsten Empfinden von Millionen Ausdruck gab und die auch in den Herzen von Millionen begeisterten Widerhall findet.

Enorme Preisermäßigung!

Durch einen großen Abbruch sind wir in der Lage, das berühmte Werk, dessen zweifelhafte, nur etwas besser ausgeführte Ausgabe noch heute M. 6.— sein. M. 3.— kostet, für nur 60 Pfg. broschiert, in Leinen gebunden M. 1.— anzubieten.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Linie Huxterdamm—Schwartau.

Heute Eröffnung per Salondampfer St.-Lorenz

ab Huxterdam 9 Uhr 1.30 2.45 4.15 5.45 und 7.30 Uhr
ab Schwartau 11 Uhr 2.00 3.30 5.00 6.50 und 8.15 Uhr.

Großer theatralischer Abend des Gesangvereins Einigkeit (St.-Gertrud)

am Sonnabend, dem 4. Mai

im Lokale des Herrn Hildebrand, Heinrichshof. Anfang 8 Uhr.

Kasseneröffnung 7 Uhr.

Erwachsene 80 Pfg. Kinder 15 Pfg.

Das Komitee.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 102.

Donnerstag, den 2. Mai 1912.

19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 30. April 1912.

51. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Solff.

Stat des Reichskolonialamtes.

(Zweiter Tag.)

Dr. Waldstein (Wp.): Auch wir wünschen die mögliche Einschränkung des Alkoholverbrauchs in den Kolonien, doch läßt sich diese Frage nur international regeln. Gegen die Konzessionsgesellschaften im neuen Kongogebiet sollten wir loyal verfahren. Mit der Baumwollproduktion steht es keineswegs so schlimm aus, wie Herr Henke meinte. Der neu zu schaffende Kolonialgerichtshof würde wohl am besten seinen Sitz in Hamburg haben. Herrn Henke erscheint die Kolonialpolitik als Imperialismus, d. h. Streben nach Welt Herrschaft. Glaubt er vielleicht, daß Holland bei seiner Kolonialpolitik nach Welt Herrschaft strebt. (Heiterkeit.) Daß unsere Kolonialpolitik nicht lediglich im Interesse der Kapitalisten betrieben wird, beweisen die Klagen der Kapitalisten in den Kolonien über die zu große Rücksichtnahme auf die Eingeborenen. Auch aus den Diamantensunden ist ein großer Teil in die Taschen des Fiskus und nicht in die der Kapitalisten geflossen. Herr Henke meint, die Regier seien bildungslos. Sollen wir deswegen ihre Bildung unterlassen (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Ich erinnere Herrn Henke an die Worte Bernsteins auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart: „Wir können die Kolonien nicht aufgeben, weil sie sonst anderen Großen in die Hände fallen.“ In diesem Sinne war auch die dort von den deutschen Delegierten beschlossene Resolution gehalten. (Hört, hört! bei der Volkspartei.) Leider ist die deutsche Sozialdemokratie in ihren kolonialpolitischen Anschauungen heute noch sehr konservativ; aber wir geben die Hoffnung auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht auf, dann würde es auch gelingen, in der Kolonialpolitik manches so umzugestalten, wie wir es wünschen. (Bravo! bei der Wp.)

v. Liebert (Rp.): Mit der völligen Abweisung der Kolonialpolitik stimmt Herr Henke mit anderen Sozialdemokraten, wie Bernstein und Schippel nicht überein. Auch Herr Hue hat noch im Dezember 1911 erklärt: „Unter Berufung nicht auf Maurenbrecher und Hildebrandt, sondern auf Webel kann ich sagen, daß wir Sozialdemokraten keine grundsätzlichen Gegner der Kolonialpolitik sind. (Hört, hört! rechts.) Wir halten es für notwendig, daß für die Industrie neue Absatz- und Rohstoffgebiete geschaffen werden.“ Herr Hue wendet sich nur gegen die brutale Methode der Kolonialpolitik. Aber die graulichen Brutalktäten liegen doch 20 Jahre zurück, heute kommen sie nicht mehr vor. (Widerpruch b. d. Soz.) Der häufige Gouverneur- und Beamtenwechsel in den Kolonien ist nicht erfreulich. Den Ansiedlern sollte man es erleichtern, Boden zu erwerben. In der „Leipziger Volkszeitung“ wird behauptet, die Regierung diene den Farmern als Zurechtwahrer, sie dulde, daß Arbeiter aus dem Inland zu den Farmern geschleppt werden, so sie zu etwadem Lohne arbeiten müssen und mit der Peitsche misshandelt werden. Von A bis Z ist das alles unrichtig. Dem gestern von dem Abg. Erzberger begründeten Antrag auf Abschaffung der Hausklaverei stimme ich zu, doch sollte der Termin von 1920 noch auf 3 oder 5 Jahre hinausgerückt werden. Der Bahnbau, speziell in Süd-Kamerun, verdient noch eifrigere Förderung. Den Widerstand gegen die Süd-Kamerunbahn sollte man aufheben. In der Kommission wurde auch ein Antrag gestellt, in Ost-Afrika die allgemeine Schulpflicht einzuführen. Glücklicherweise ist er nicht angenommen. Wir tun für die Regier, was wir irgend können, aber alles können wir nicht auf einmal tun. Zunächst ist es wichtig für ihn, zur Religion und zur Arbeit erziehen zu werden. (Bravo! rechts.)

D o s t e (Sd.): Das Programm des Herrn Liebert für die deutschen Kolonien lautet: Arme Teufel haben in den Kolonien nichts zu suchen; es geht auf dem Niveau seiner Schlupffolgerung, man habe keinen Anlaß, den Negern Bildung beizubringen, für sie sei die Hauptsache: Arbeiten! Weiter behauptet er, die Kolonialpolitik sei human geworden, es kämen keine Ausschreitungen mehr vor, und er bestreitet, daß heute noch Arbeiter auf den Plantagen geprügelt werden. Das beweist, daß er die Denkschrift der Regierung über die Entwicklung der Schutzgebiete bis zum Jahre 1910 nicht gelesen hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist auch noch garnicht lange her, daß der Staatssekretär Dernburg in der Budgetkommission von seiner afrikanischen Reise erzählte und in drastischer Weise auseinanderlegte, wie sehr noch die Mißferdpeitsche auf den Plantagen benützt wird. Herr Waldstein wies gegenüber Henke darauf hin, daß der Fiskus 33 1/2 Prozent der Erträge des Diamantensandes bekomme. Das bekommt doch aber der ostafrikanische Fiskus, das deutsche Volk hat davon nicht einen Pfennig und nicht ein Pfennig wird verwendet, um auch nur einen Teil der 400 Millionen Kriegskosten zurückzuzahlen. In der Kommission haben wir uns bemüht, eine Verringerung des Reichszuschusses von über 30 Millionen Mark in die Wege zu leiten. Diese Bemühungen finden ein sonderbares Echo in dem Rufen der Vorredner nach mehr Bahnen in den Kolonien. Daß auf diesem Gebiet Vorzicht geboten ist, sollte doch mindestens denen klar sein, die an Kommissionsberatungen teilgenommen haben. An Bahndaten für Südwestafrika ist so viel geleistet worden, daß wir, falls die Einnahmen aus den Diamanten sich verringern, nicht unerhebliche Reichsmittel werden zur Verfügung stellen müssen zur Verzinsung und zur Amortisation dieser Bahnen. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Erzberger glaubte, die Äußerungen meines Fraktionsfreundes Henke haben wesentlich anders geklungen als die von Ledebour und mir. Ich kann ihm das Kompliment nicht machen, daß er zur Mitarbeiterfrage besser geredet hat, als sein früherer Fraktionskollege Hänsler, und auch sonst waren seine Ausführungen keineswegs interessanter und angenehmer für den Reichstag, als z. B. die seines Kollegen Heim. Mir erscheint es näher liegend, auf den Unterschied hinzuweisen, wenn Herr Erzberger über den Kolonialetat im „Tag“ schreibt und hier im Reichstag darüber redet. Gleich nach dem Erscheinen des Stats wies er im „Tag“ darauf hin, daß so die Wirtschaft nicht weitergehen könne, der Beamtenapparat wachse erschreckend an, man müsse versuchen, die Militärausgaben in Südwestafrika ganz außerordentlich herunterzudrücken. In der Kommission hat Herr Erzberger sich ja auch im Sinne der Sparpolitik bemüht. Aber hier im Plenum haben wir kein Wort darüber. Durch die Rede

Hentes wurde er vielmehr zu einer Lobrede auf den Kolonialetat veranlaßt, die im drastischen Gegensatz zu seinen schriftstellerischen Auslassungen steht. Er hat an Henke die Frage gerichtet, ob er denn gar keine Kolonien wolle. Herr Erzberger und die anderen Vorredner sollten doch wissen, daß die sozialdemokratische Partei auf mehreren Parteitagungen sich grundsätzlich gegen die kapitalistische Kolonialpolitik ausgesprochen hat. Selbstverständlich haben Sozialdemokraten zum Ausdruck gebracht, daß sie an sich gegen die Erschließung neuer Länder nichts einzuwenden haben. Mancher der deutschen Kolonialenthusiasten, der sich jetzt noch für die Kolonialpolitik zu begeistern scheint, würde nach den gemachten Erfahrungen nicht zum zweitenmal die Sorte von Kolonialpolitik beginnen, die Deutschland eingeschlagen hat. Ich erinnere an den Ausdruck eines der bekanntesten nationalliberalen Abgeordneten, daß wir Kiautschou nicht noch einmal pachten würden, daß wir es aber behalten müßten, weil uns sonst die ganze Welt auslachen würde. Und so pulvern wir nach wie vor sieben bis acht Millionen Mark aus den Taschen der deutschen Steuerzahler hinein. Und Südwestafrika? Sind nicht die allergrößten Befürchtungen, die früher von unserer Seite geäußert wurden, noch übertroffen worden? Was in der Kommission über Südwestafrika geredet worden ist, war ein Jammerlied schlimmster Art von Anfang bis zu Ende. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und was auch von einem großen Teil der kolonialfreundlichen bürgerlichen Presse seinerzeit gegen die Erwerbung von Neukamerun geschrieben worden ist, war so drastisch und kräftig, daß es sich von der sozialdemokratischen Kritik in nichts unterließ. Aber den Wert der Kolonialpolitik an sich gehen die Ansichten auch bei bürgerlichen Volkswirtschaftlern weit auseinander. Man hat immer wieder betont, daß der Abg. Henke gerade als Vertreter von Bremen ganz anders hätte reden müssen. Aber der frühere Abgeordnete von Bremen, Herr Horrmann, gehörte in kolonialpolitischer Beziehung zu den bewilligungslustigsten Fortschrittler. Die Bremer Wähler und besonders die Arbeiterschaft Bremens muß wohl davon überzeugt sein, daß die Vertretung ihrer Interessen in den Händen der Sozialdemokraten wesentlich besser aufgehoben ist, als bei den bisherigen kolonialfreundlichen Volksparteien. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man sagt, die Kolonialpolitik sei notwendig zur Hebung des Nationalwohlstandes. Ich behaupte, daß der nationale Wohlstand durch unsere Kolonialpolitik bisher auch nicht um einen roten Pfennig verbessert worden ist. Wir haben annähernd 1000 Millionen in die Kolonien hineingesteckt, und es ist keine Rede davon, daß wir in den letzten fünfundsiebzig Jahren auch nur für einen gleich großen Betrag an deutschen Industrieerzeugnissen nach allen deutschen Kolonien zusammen verkauft haben. Nach Südwestafrika haben wir 600 Millionen Mark in gutem deutschem Gelde exportiert und haben dafür zurückbekommen 8000 Invalide, für die 4 1/2 Millionen Mark Pensionen bezahlt werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Wert der Kolonialpolitik für die Hebung der Volkswirtschaft wird auch im Kolonialamt vom Staat angezweifelt. So weist das Amt in einer Denkschrift über die Zurückerstattung der südwestafrikanischen Kriegskosten nach, daß bisher noch jeder Versuch irgend einer kolonisierenden Macht, die Kolonien heranzuziehen zur Wiedererstattung ausgewandter Beträge mißlungen sei. Entweder hatten die Kolonien nichts oder, wenn sie zahlungsfähig geworden waren, so waren sie zugleich auch politisch so erstarrt, daß sie dem Mutterland die Hände zeigen konnten. Das wird in der Denkschrift nachgewiesen für Spanien, Portugal, Holland, Belgien, Nordamerika, Italien, Frankreich und England. (Hört, hört! b. d. Soz.) So hat England z. B. eine weit größere Summe ausgegeben, um seine Kolonien zu erhalten als der Wert der gesamten Waren betragen hat, die England je nach ihnen gesandt hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten haben doch schließlich keinen Anlaß, kolonialbegeistert zu sein, als das Kolonialamt selbst. Auch ich bin fest davon überzeugt, daß die Masse des deutschen Volkes, insbesondere die Arbeiter, von der Kolonialpolitik keinen Vorteil haben. Aber diese Anschauung hat uns niemals gehindert, uns nun mit beiden Beinen fest auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen. So lange wir zu kolonialpolitischen Fragen Stellung genommen haben, haben wir immer das eifrige Bestreben gezeigt, mitzuarbeiten an der Beseitigung von Mißständen in den Kolonien, Kultur in den Kolonien zu verbreiten und darauf hinzuwirken, daß der Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen, wie der weichen arbeitenden Bevölkerung in den Kolonien wirksam entgegengetreten wird. Die Wichtigkeit der Baumwollfrage haben wir keineswegs verkannt. Henke hat nur davor gewarnt, sich optimistischen Erwartungen über die Erfolge der Baumwollkultur in den Kolonien hinzugeben. Auf demselben Standpunkt steht auch die Denkschrift der Regierung. Die Regierung ist nicht so töricht, den Leuten goldene Berge als Erfolg der Kolonialpolitik zu versprechen. Im übrigen haben wir Sozialdemokraten stets für die Forderungen zur Hebung der Baumwollkulturen in den Kolonien gestimmt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Abg. von Liebert aber wird in seiner Eigenschaft als Ausschrittsmitglied von sehr faulen kolonialen Baumwollgründungen selbst wissen, wie vorsichtig man bei Beurteilung der Baumwollfrage in den Kolonien sein muß. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Kommission hat wieder einmal Abstand davon genommen, eine Reihe notwendiger Reformen in der Kolonialpolitik zu erzwingen, um dem neuen Staatssekretär eine Frist zu geben, um eigene Reformen in die Wege zu leiten. Das ist nun schon bei vier Staatssekretären in wenigen Jahren so gemacht worden. Wir kommen auf diese Weise in manchen Dingen einfach deswegen nicht weiter, weil hier in Berlin in den letzten Jahren kein Staatssekretär mehr in seinem Amte warm geworden ist, und weil auch in den Schutzgebieten ein kolossaler Wechsel in den leitenden Personen vor sich gegangen ist. Dabei wirken auch die sehr ungünstigen klimatischen Verhältnisse mit. Ausführlich hat man sich in der Kommission über das übermäßige Anschwellen des Beamtenapparats im Kolonialamt und in den Kolonien unterhalten. Tatsache ist, daß wir nach 25jähriger kolonialer Tätigkeit das erreicht haben, daß im ganzen 21 667 Weiße, Männer, Frauen und Kinder in allen deutschen Kolonien zusammen wohnen. (Hört, hört! bei den Soz.) Davon waren männliche Personen über 15 Jahre 14 467, darunter 927 Missionare. Dabei gibt es nicht weniger als 4118 Beamte in den Kolonien. Es kommt also auf je zwei Weiße immer ein Beamter, ein Schugmann oder ein Bureauftrat. (Hört, hört! bei den Soz.) Es erscheint mir ganz ausgeschlossen, daß auch nur etwas annähernd Ähnliches von Beamtenherrschaft in irgend einer Kolonie eines anderen Landes möglich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Es ist

erklärlich, daß von der Bevölkerung der Kolonien immer der Schrei kommt, wir können beim besten Willen nicht vorwärts kommen, die Beamten fressen ja die Kolonien auf. Der Geist, der bei einem nicht geringen Teil der Beamten in den Schutzgebieten herrscht, lehrt uns, wie außerordentlich verhängnisvoll der Aufenthalt in den Tropen für Weiße ist; das kameradschaftliche Verhältnis unter den Beamten draußen läßt viel zu wünschen übrig. Eine ganze Reihe solcher, die möchte sagen Kolonialbureaufreien sind uns ja in den letzten Jahren bekannt geworden. Der Staatssekretär selbst könnte, wenn er seine Erinnerungskarte aufmachen wollte, uns sicherlich die allerpuhligsten Geschichten erzählen. Zu den allerwidrigsten gehört der in der Budgetkommission erörterte Fall Wächter. Wenn hohe Beamte so gegeneinander intrigieren, sind sie absolut ungeeignet, und die Zentralverwaltung sollte mit eisernen Fesseln dazwischenfahren. Leider haben wir vom Staatssekretär nichts gehört, wie er sich eine Reform des Beamtenkörpers denkt. Für die Kolonien ohne Kiautschou beträgt der Reichszuschuß 20,0 Millionen, einschließlich Kiautschou 28,5 Millionen. Für jeden draußen sitzenden Deutschen werden danach vom Reiche 8574,50 Mk. aufgewendet. (Hört, hört! bei den Soz.) Da wäre es besser, diese Leute hier als Rentiers leben zu lassen, dann bliebe das Geld wenigstens im Lande. Tatsächlich sind die Aufwendungen für die Kolonien noch größer. So erscheinen für Samoa und Neu-Guinea Koliten im Marineetat, weil ja ständig Kriegsschiffe stationiert sind. Im Postetat befinden sich 8 1/2 Millionen für die Schaffung eines Kabels zwischen Deutschland und Kamerun. Die Einnahmen daraus werden vorläufig auf 60 000 Mk. berechnet, die fast sämtlich auch wieder vom Reich für amtliche Dep. schen bezahlt werden. Aber die Kabelgesellschaft bekommt einen Jahreszuschuß von 840 000 Mk., der doch eigentlich auf Konto des Stats für Kamerun gestellt werden müßte. — Der Traum, daß in absehbarer Zeit die Kolonien einen Bevölkerungszuwachs von Deutschland aufnehmen könnten, ist wohl ein für allemal zu Ende. Mit solchem Kolonialschwund, wie im Jahre 1907, wird man nicht wieder politische Geschäfte machen können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der deutsche Ansiedler leidet ja noch mehr unter dem Klima wie der Beamte. Unter dem jubelnden Beifall der Anwesenden hat auf der letzten Generalversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft der Vorsitzende, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, einen Antrag dahin interpretiert, daß er sich gegen die Unterdrückung der Siedelung wende. Angesichts solcher Bestrebungen müssen wir mit allem Nachdruck zum Ausdruck bringen, daß es geradezu frivol wäre, wenn man zulassen wollte, daß kleine Leute dort hinausgehen, um Kleiniedlungen zu schaffen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Die Steigerung der Handelsbilanz in den letzten Jahren ist wesentlich auf die Einfuhr von Eisenbahnmateriale aus Deutschland zurückzuführen. Im übrigen hat der fremde, besonders der englische, Handel in den Kolonien mehr zugenommen als der deutsche. Dem Bedauern, daß es nicht gelungen ist, eine weitere Einschränkung der Branntweineinfuhr durchzusetzen, schließe ich mich an. Ohne Rücksicht auf das Verhalten anderer Kolonialmächte sollte Deutschland ein vollkommenes Verbot der Spirituseinfuhr in den Kolonien erlassen. (Zustimmung bei den Soz.) Mit Recht sprach Henke davon, daß das Großkapital verhältnismäßig wenig Geld für die Kolonien zur Verfügung stellt. Das Großkapital hat eben eine feine Nase für den Profit, es beschränkt sich auf Gründungen und hängt die faulen Aktien nachher kleinen Leuten an. (Widerpruch rechts.) Wer nur einigermaßen die Börsenberichte verfolgt, weiß das doch. Unter dem Prospekt einer solchen faulen Gründungsgesellschaft prangt auch der Name Generalleutnant z. D., Gouverneur a. D., Mitglied des Reichstages, Herr von Liebert. (Lebhaftes Hört, hört!) Gerade er hätte allen Anlaß, nicht dazu beizutragen, daß das bisherige Kolonialbegehren bei den kleinen Leuten durch solche bösen Erfahrungen zugrunde gerichtet werden. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Gegen Henke ist gesagt worden: Wir setzen die Interessen der Arbeiter aufs Spiel, wenn wir uns nicht für die Kolonialpolitik einsetzen. Nun, in den tropischen Gebieten ist keine Arbeitsgelegenheit für sie, und nach Südwestafrika will man kleine Leute auch nicht hineinlassen. Die wenigen Arbeiter, die hinausgegangen sind, haben sehr traurige Erfahrungen gemacht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man hält uns die kulturelle Arbeit entgegen, die in den Kolonien geleistet wird. Damit machen wir doch nur in bescheidenem Maße gut, was vorher gesündigt ist. In beiden ostafrikanischen Aufständen hat man mehr als 200 000 Menschen niedergemacht. Wir haben lange Kulturarbeit zu leisten, ehe die mit deutschen Maschinengewehren gerissene Wunde wieder ausgefüllt ist. (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Erzberger hatte kein Wort der Kritik für die Rechtsprechung gegen die Eingeborenen. In Ostafrika haben wir in einem Jahre zahlreiche Verurteilungen zu langjähriger Gefängnisstrafe gehabt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Windhauer Landeskammer findet hierfür einen recht plausiblen Grund, sie sagt, man verhängt diese zahlreichen Strafen, um zahlreiche Arbeiter für die neuen Bauten bei den Eisenbahnen zu haben. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Auch Prügelstrafen sind in starkem Maße verhängt worden. Durch die Presse geht die Nachricht, daß Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg Gouverneur von Togo werden soll. Nach manchen Äußerungen von ihm scheint er ein Freund der Prügelstrafe zu sein, dann scheint er uns wenig geeignet für einen solchen Posten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Resolution über die Aufhebung der Sklaverei stimmen wir natürlich zu. Das Erreulichste am Stat ist, daß größere Mittel zur Förderung der Eingeborenen-Kultur eingestellt sind. Die Sorge um das Schulwesen hat man bisher den Missionen überlassen. Hentes Ausführungen über die Missionsschulen sind mißverständlich worden. Den persönlichen Opfermut der Missionäre erkennt er durchaus an; aber der Unterricht darf natürlich nicht ihnen allein überlassen werden. Trotz unserer grundsätzlichen Ablehnung der Kolonialpolitik arbeiten wir doch mit aller Kraft darauf hin, daß mehr als bisher Gerechtigkeit und Menschlichkeit in den Kolonien zur Geltung kommt. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Solff: Es wird mein Bestreben sein, die Kolonialverwaltung aus den Fittichen ihrer bösen Fee, der heimischen Politik, herauszuführen; die Kolonialpolitik soll kein Lummelplatz für die Betätigung von Parteinteressen sein. Bezüglich der Baumwollkultur können wir hoffnungsvoll in die Zukunft sehen. Die Verquickung von Verwaltung und Justiz in den Kolonien muß beseitigt werden; der neue Entwurf für den Kolonialgerichtshof wird dem Reichstag hoffentlich recht bald zugehen. (Bravo!) Die Befreiung der Hausklaverei hat gute Fortschritte gemacht; für ihre restlose Befreiung möchte ich mich jetzt noch nicht

auf einen Termin festlegen. In Bezug auf das Alkoholverbot siehe ich ganz auf dem Standpunkt des früheren Staatssekretärs Dernburg. Ein internationales Abkommen ist bisher an dem Widerstand Frankreichs gescheitert. (Beifall rechts.)

Schwarze-Vippstadt (Z.): Auf die Bemühungen Moskes, seinen Freund Senke zu verteidigen, kann ich nur sagen: „Alle Mühe ist verloren, weiß zu waschen Deinen Mohren“ (Weiterkeit.) Einen geordneten Rechtsschutz in den Kolonien wünschen alle Parteien. (Ausrufung im Zentr.) Hierauf vertritt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. (Vorher Wahlprüfungen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Berlin, den 1. Mai 1912.

52. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Solk.

Die Wahl des Abg. Kretsch (R.) wird für gültig erklärt, über die Wahl des Abg. Haupt (SD.) wird Beweishebung beschlossen.

Etat für das Reichskolonialamt.

(Dritter Tag.)

Dr. Baasche (R.): Wir hoffen, daß bald auch die Sozialdemokraten in der Kolonialpolitik mitarbeiten werden. Die freisinnige Volkspartei hat ja erfreulicherweise schon ihre Haltung geändert. Eine Einschränkung des Beamtenapparates wünschen wir auch; aber wir können doch nicht alle an der Kulturarbeit beteiligten Beamten, wie Eisenbahningenieur, zu dem bürokratischen Beamtenapparat rechnen. Nicht im Interesse einiger Exekutanten, im Interesse der deutschen Arbeiterklasse liegt die Kolonialpolitik. (Bravo! b. d. Natlib.) Besonders gefährlich ist bei dem Klima in den Kolonien der Alkoholgenuß, dem in erschreckendem Maße auch gerade die Beamten huldigen. Die Alkoholfrage löst man nicht mit Verbots des Alkoholgenusses für den Negler, der Weis muß mit gutem Beispiel vorangehen. (Bravo!)

Dr. Müller-Weinigen (Wp.): Da unsere nach Zentralafrika geplanten Bahnen sich nur rentieren können, wenn sie genügenden Güterzufluß aus dem Kongogebiet haben, so muß die Kongoaakte hoch gehalten werden, die heute fortgesetzt vor allem durch die belgische Regierung verletzt wird. Unhaltbar sind unsere kolonialen Rechtsverhältnisse. Wie steht es mit der von uns verlangten Sammlung des Eingeborenen-Rechts. Grundsätzlich ist, daß das Urteil im Falle Wächter noch immer nicht zu uns gelangt ist, während der Angeklagte selbst schon vier Wochen in Stuttgart lebt. Zammerdoff sind die Schulverhältnisse in den Kolonien; von den Regierungsschulen müssen viele Schüler, die sich melden, zurückgewiesen werden.

Mumm (Wp.): Bittet um Annahme der von seiner Partei eingebrachten Resolution, die eine Einschränkung des Alkoholimports und das baldige Wiederzusammentreten der Brüsseler Konferenz zur Revision des afrikanischen Spirituosenhandels fordert.

Ledebour (SD.): Ähnliche Ausführungen wie von Herrn Waldstein habe ich auch schon von anderen Freisinnigen gehört, die als vorübergehende Erscheinungen im Reichstag waren. (Weiterkeit.) Auch der neue Staatssekretär, der wegen seiner Stellung den Nimbus besonderer Sachkenntnis hat, sagte, er habe aus den Erfahrungen hier im Hause die Abzehrung gemerkt, wir Sozialdemokraten würden uns bessern und nach fünf Jahren eine Kolonialpartei sein. Diese Hoffnung muß ich ihm leider verweigern. Wir Sozialdemokraten bekämpfen die Kolonialpolitik grundsätzlich. Daß wir trotzdem gewisse Vor schläge unterstützen und selbst Verbesserungsvorschläge einbringen, darüber wundert sich der Staatssekretär nur deshalb, weil er in seinem Sitz in Samoa, wo er mit Blumen im lockigen Haar wandelte (Weiterkeit, da der Staatssekretär eine Glasse hat), nur die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und ähnliche las. Wir würden ja unserem eigenen Lebenswert ins Gesicht schlagen, wenn wir die Hand dazu bieten wollten, wenn irgendwo in der Welt mit Mord und Raub die Staatsgewalt freie Völker gegenwärtig werden, sich den Deutschen zu unterwerfen. Wie wir in Europa die Unterdrückung fremder Völker bekämpfen, die einem anderen Staatswesen eingegliedert sind, so müssen wir auch die Unterdrückung freier Völker bekämpfen, die zufällig von gelber oder schwarzer Hautfarbe sind. Trotzdem kommen wir um die Tatsache nicht herum, daß das Deutsche Reich sich solche Gebiete angegliedert hat, und selbstverständlich sind wir als Volksvertreter genötigt, uns an den Arbeiten des Reichstages zu beteiligen. Daß wir dabei so viel wie möglich in unserem Sinne verbessernd

zu suchen wirken, ist nichts Neues, Herr Staatssekretär. In seinem idyllischen Leben in Samoa hat der Staatssekretär so sehr das Verständnis für das politische Leben in Europa verloren, und für das, was ein Reichstag und ein Parlament bedeutet, daß er meinte, bei der Erörterung unserer Kolonien hätte eine böse Fee ihnen das Bescheid in die Wiege gelegt, daß die Abgeordneten die Kolonialpolitik von Parteisichtweisen aus behandeln — als ob in der ganzen Welt große Parteien anders als nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebildet werden, von denen sie die gesamte Politik aus behandeln müßten. (Sehr richtig! bei d. Soz.) Bei diesen Worten des Staatssekretärs erinnerte ich mich an den Vers: „Ob dieser Auskunft dieses Kandidaten Nobles erfolgte ein allgemeines Schütteln des Kopfes.“ (Weiterkeit.)

Colshorn (Weise) warnt vor allzu optimistischer Bemertung der Baumwollpflanzungen in den Kolonien.

Davidson (SD.): Bei der Bekämpfung des Alkoholkonsums kann man nur durch das gute Vorbild wirkliche Erfolge erzielen. Der Tropenkoller ist, wie die Wissenschaft feststellt, nichts anderes, als eine Art Polstrum tremens. Man darf daher bei der Entziehung des Alkohols zwischen Weißen und Schwarzen nicht differenzieren wollen. Daß auch in den Tropen Weiße ohne den Alkohol leben können, zeigt das Beispiel des Sines des Abg. Dr. Baasche, der mit seiner Frau monatelang durch Afrika gereist ist, ohne einen Tropfen Alkohol mitzuführen. (Weiterkeit.) Das ist eine sehr ernste Sache. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Kolonialverwaltung möge dafür sorgen, daß vor allem ihre Beamten in der Alkoholfrage den Schwarzen mit gutem Beispiel vorangehen.

Damit schließt die Debatte. Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt. In der Resolution Mumm beantragt Davidson (SD.) das Wort „Einheimische“ zu streichen, sodas der Alkoholimport nicht nur für die schwarze Bevölkerung, sondern überhaupt verboten werden soll. Dieser Antrag wird angenommen, und dann die so veränderte Resolution Mumm.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt. Zum

Etat für Ostafrika

beantragt die Budgetkommission, die Hausflaverel vom 1. Januar 1910 aufzuheben.

Erzberger (Z.): Herr Senke hat neulich Rohrbach zitiert, die Katholiken in Logo beteten das Marienbild an. Rohrbach schreibt aber gar nichts von Anbeten, sondern von Verehren. In seinem Stenogramm hat Herr Senke den von ihm gebrauchten Ausdruck „Anbeten“ in „Verehren“ verändert. (Hört, hört! i. Z.)

Dr. Arendt (Ry.): Die Eingeborenen lebten vorher nicht etwa in einem glücklicheren Zustand, sondern sie litten Not und lebten in Anarchie. Die Deutschen sind hingekommen als Kultivatoren. (Sehr richtig! rechts.) Eine andere, als eine kapitalistische Politik gibt es nicht.

Senke (SD.): In dem Stenogramm meiner Rede habe ich das Wort „anbeten“ in „verehren“ geändert, weil das Wort „anbeten“ ein sehr verächtliches Verhältnis des Abbetenden zu dem Angebeteten voraussetzt, wie es bei dem Negler mit seiner Anbetung oder Verehrung des Affenbrotbaumes nicht anzunehmen ist. Gegen die Verehren der Missionare waren meine Ausführungen nicht gerichtet. Auch ich weiß, daß die Missionare Pioniere der Kultur gewesen sind, aber auch, daß sie vor allem Pioniere des Kapitalismus gewesen sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Moske (SD.): Herr Arendt fragte, was kapitalistische Kolonialpolitik sei. Ich erinnere ihn daran, wie er selbst einmal die Entstehung einer kolonialen Schwindelgründung geschildert hat. Um zu wissen, wer sich an solchen Geschäften beteiligte, braucht sich Herr Arendt nicht so weit aufzuheben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aus den eigenen Worten des Herrn Arendt geht hervor, daß die kapitalistische Kolonialpolitik nicht getrieben wird, um den Schwarzen Kultur zu bringen, sondern um die Weißen zu bereichern. Gewiß hat die Kolonisation den Eingeborenen manche Kulturschritte und Vorteile gebracht. Ich erinnere an die Bekämpfung der Schlafkrankheit, aber dafür wurden wieder neue Seuchen hingekracht, wie der Typhus und die Tuberkulose. Herr Arendt hat dem scheidenden Gouverneur noch einen Fußtritt versetzt (Abg. Ledebour: Einen Arendt-Fußtritt!) (Weiterkeit), und von dem neuen Gouverneur eine Stärkung der Siedelungspolitik erhofft; dann würde die Mehrheit des Reichstages böse mit dem neuen Gouverneur

ins Gesicht gehen. Das Klima Ostafrikas erlaubt keine Siedelung durch Weiße; sie stärker zu fördern, wäre eine geradezu mörderische Politik. Wir wünschen, daß auch der neue Gouverneur auf dem bisherigen Wege fortfährt, die Kultur der heimischen Bevölkerung zu heben und Lehrer für sie anzustellen, aber keineswegs darf sie die bisherige Siedelungspolitik im Sinne des Abg. Arendt ändern. (Beif. b. d. Soz.)

Dr. Arendt (Ry.): Auswüchse des Kapitalismus, auf die der Abg. Moske sich stützt, mißbilligen wir ebenso wie er. Sachverhalte behaupten, daß in den hoch entwickelten Gegenden Ostafrikas sehr wohl eine Siedelungspolitik möglich ist, die keineswegs eine mörderische genannt werden darf. (Bravo! rechts.)

von Bühlendorff-Kolwin (R.): Wir schließen uns der Anerkennung für den Gouverneur von Rechenberg an, die Herr von Liebert ausgesprochen hat. (Bravo! rechts.) Die Debatte schließt.

Die Resolution der Budgetkommission, betreffend Abschaffung der Hausflaverel wird angenommen. Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Etat für Kamerun.

Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, eine Einschränkung des Alkoholverbrauchs durch Erhöhung des Zolls auf Branntwein und Beschränkung der Lizenzen herbeizuführen.

Moske (SD.): Den Eingeborenen soll bei der von den Weißen in Südamerica geforderten Selbstverwaltung nicht die geringste indirekte Mitwirkung zugestanden werden. Den Weißen kommt es vor allem darauf an, unbeschränkte Herren im Lande zu sein. Darum wenden sie sich auch a. W. gegen den Dernburgischen Antiprüglerakt. Die Kameruner Firmen beklagen sich sogar darüber, daß der Walen zu wenig benutzt wird. (Ausruf bei den Soz.: Höhere Kultur!) In Südamerica konstatiert man die Länder der Eingeborenen, durch deren Bebauung sie ihren Unterhalt finden. Der Eisenbahngesellschaft sind Ländereien in so großem Maße verliehen worden, daß ihr Interesse liegt auf die Verwertung dieser Ländereien gerichtet ist. Sehr zu verurteilen ist das Geschäftsgebaren der Südfirmen. Sie protestieren aus Konkurrenzneid gegen die Niederlassung von Neozern als Händler. Bei der Kautschukgewinnung übervorteilen sie die Eingeborenen, indem sie ihnen ohne Rücksicht auf den Weltmarktpreis stets denselben sehr niedrigen Preis zahlen. Sie haben dazu ein Syndikat gebildet, das am 1. Oktober abläuft. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß dies nicht wieder zustande kommt. Das Wundphänomen mit den darauffolgenden zwangsweisen Eintreibungen hat in Südwest zu den blutigsten Aufständen geführt, und wir haben allen Anlaß, in Kamerun nicht Ähnliches herbeizuführen. Bestimmungen zum Schutze der Eingeborenen werden immer auf das Geschrei der Südfirmen hin wieder außer Anwendung gesetzt. In der Veranschaulichung der Verwaltung wird versucht, die Tatsache zu verschleiern, daß eine große Anzahl von Arbeitern bei den Wegebauten aus Mangel an Verpflegung und Überanstrengung gestorben sind. Beim Bau der Mittelbahn mußten Arbeiter zwangsweise herangezogen werden. Jahr für Jahr bekommen wir Berichte über Expeditionen gegen Eingeborene. Es werden dabei förmliche Menschenjagden veranstaltet. Herr Dernburg nannte das Zeitalter der Kriegszüge für Kamerun das Helldenkerzeitalter; wir halten es für einen Mückstich in die Barbarei, gegen den wir auf das energischste protestieren. (Beifall b. d. Soz.)

von Liebert (Ry.) bedauert, daß der Staatssekretär gestern das Projekt der Südkameruner Bahnen abgelehnt hat und bestreitet, daß die Gründungen, an denen er sich beteiligt, „faule“ genannt werden dürfen.

Staatssekretär Dr. Solk betont, er habe sich nicht grundsätzlich gegen eine Bahn in Südamerica gemandt; er sei für eine Zubringerbahn vom Inland an die Küste, nicht nur für eine Stichbahn.

Damit schließt die Debatte. Die Resolution der Budgetkommission wird angenommen, der Rest des Etats wird debattelos genehmigt, ebenso der Etat für Logo und der für Neu-Guinea. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Rest des Kolonialrats. Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Siegerin "Palmas" "Möhra"		Bezugsquellen-Verzeichnis		Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen																															
Arb.- u. Berufs-Kl. J. H. Pein, am Markt Rudolph Karstadt, Lüben. K. Quitzau, Schwartau, Markt 14	Art. z. Krankenpfll. F. W. Heyde, Königstr. 33	Bäckereien Paul Barmester, Lübeck, La. 49 J. Eixmann, Fischergasse 36 H. Jargstorf, Warendorferstr. 7 R. Kasch, 52. Fährweg, Weis- u. Gröb. Bäckerei Ad. Hinzelmann, Schüttenp. 23 B. Plath, Lübeckstr. 2 W. Steinhoff, Travemünde.	Brauereien Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75 Kieker Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 96 Franz Langloß, Schwartauer Weiermüller Markt, Allee No. 3b Franz Langloß, Brauerei in Gebinden u. Flaschen Brennmaterialien H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a L. Wallbrunn, Rosengarten 10. Butter-, Käsehandl. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. H. Philipp, Fackelnb. Allee 90. W. Rocksten, Hüxstr. 21 J. Semrau, Hüxstr.	Cacao, Chocol., Tee Lina Schwarz, Lübeck, Häxterd. 12	Cigarrenhandl. A. Barmester, Markt, Fackelnb. Allee 48 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr. Rob. Klief, Engelsgrube 83. Paul Barkwardt, Seidnitzstr. 12 Jacob Meier, Warendorferstr. 19 Conrad Roth, Fleischhauerstr. 15 Paul Thiel, Sternstr. 8 W. Böhk, Eutin, Lübeckstr. 34	Drogerien W. Hohenschild, Markt 32 T. 126 Aug. Prösch, Mühlentstr. 48 Julius Vogt, Germania-Drogerie Hansstr., Ecke Königstr.	Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackelnb. Allee 53 Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Rossmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42 Rich. Israel, Alifstr. 31 Heier. Körner, Gr. Burgstr. 23 St. Gertrud-Fahrradhaus, Arminstr. 12a Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig Johs. Meyer, Königstr. 51 Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28 Carl Petersen, Lüben, - St. H. Krohn, 71 Rep. Sämtl. Ersatzl.	Farben u. Lacke J. Becker, Dornestr. 29 W. Hohenschild, Markt 32 T. 126 Ferd. Kayser, Breitestr. 81 Aug. Prösch, Mühlentstr. 38	Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Eiswurst. 1a Prinz Fleisch u. Wurstwaren Chr. Gipp, Moisinger Allee 4 Gothknecht, Gottlieb. Carl Joost, Beckergarbe 31 G. Klein, Pfaffenstr. 14 F. Lemcke, An der Mauer 41a F. Lück, Kupferschmiedestr. 68 W. Palow, Bauartstr. 41 Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55 Gast. Zach, Kottwitzstr. 32 L. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstw.	Friseure, Parfüm. Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a	Galant-, Spielwar. C. Bliessath Wwe, Sandstr. 9	Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.	Haus- u. Küchenger. Joh. Baade, Lübeck, Fackelnb. Allee 31a Paul Reher, Tunkelager 5 E. Winkelmann Nachf., Eutin. Louis Rathmann, Schwartau.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a Rudolph Karstadt, Eutin.	Hüte und Mützen Adolph Dimpke, Lübeck, Wahnstr. 9 Ang. Trost & Sohn, Holstenstr. 24	Kino-Salon Biophon-Theater Breitestr. 52, Vornehmstes am Platze Volleendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.	Kurz-, Weiss-, Wollw. O. Sinnenwald, Lindenstr. 39 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest. 12a Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engras-Lager, Schwartau K. Quitzau, Schwartau, Markt 14	Möbelmagazine Wintze & Stech, Möbel-Fabrik. Detail-Verkauf in der Fabrik W. Pamperin, Mühlentstr. 47 St. Annenstr. 20 Wohnungseinrichtung z. billigen Pr.	Molkereiprodukte Hansa-Meierei Amme Lübeck's u. deren um Milchprodukten aller Art.	Meiereien Meierei Rensefeld Inh. Paul Riekert, Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter Meierei Schwartau Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144 Milch und Molkereiprodukte.	Optik u. Mechanik Carl Volger, Optisches Spe- zial-Geschäft. 56 Breitestr. 56.	Photogr. Ateliers O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15 Jul. Pingel, Johannistr. 15 Breitestr. 39 Samson & Co., Fernspr. 1057.	Billigste Bezugsquelle für Eutin, Herde, Gaskocher, Grundöfen Adolf Bergfeldt, Fernspr. 672, Mühlentstr. 36 und 40.	Putz u. Modewaren E. Döhrmann, Holstenstr. 18.	Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.	Schreibwaren Ang. Barmester, Lübeck, Allee 48 M. Maxcin Wwe., Moising Allee 40a. Mühlentstr. 2a. Elsa Paulsen, Spez., Briefmarken.	Schuhwaren Rad Möller, Hartweg, 39. Reparatur. Arg. Rostock, Fünfhausen 5. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.	Stahl-, Eisenwaren Franz Genzmer, Fackelnb. Allee 10b. Fernspr. 1031. Hüxstr. 46, 30- F. Wichmann, Linger Stahlwaren.	Tapeten, Linoleum Carl Bouleko, Lübeck, Königstr. Fritz Rehm, Beckergarbe 20.	Trikot-, Strumpfw. E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.	Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Hüxstr. 71 Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.	Uhren, Goldwaren August Büttner, Uhrmacher Hüxstr. 32 W. Westfelling, Holstenstr. 32 H. Nevermann, Schwartau.	Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Hüxstr. 8, T. 1035. Fischergrube Friedr. Otte, 43, empfehl. Prima Weine und Spirituosen.